ROTE ANNELIESE

Nr. 164 / September 2000 Fr. 3.50

Energie-zukunft Brig-Glis

CVP reisst SP-Idee an sich, um sie zu versenken. Einmal mehr!

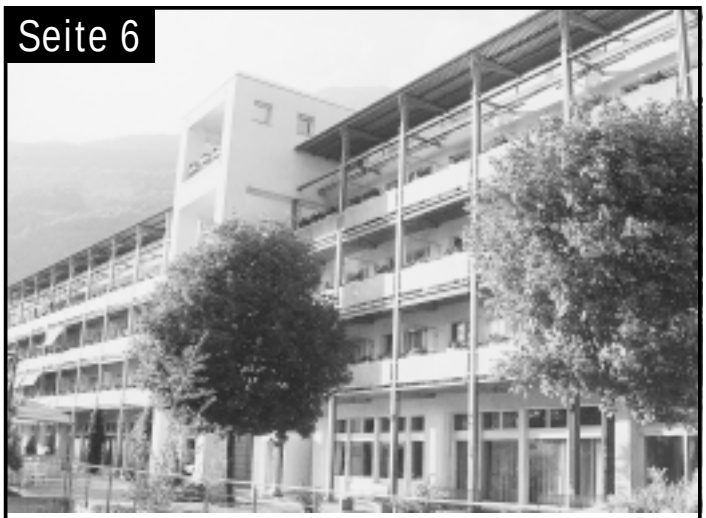
Seiten 10 und 11

Bierdepot und FO-Areal

Die Chance für ein Oberwalliser Kulturzentrum

Seiten 3, 4, 5

Seite 6



Altersheime platzen aus allen Nähten

Professor Zuffreys Rezept gegen illegale Bauten:

Massiv höhere Bussen und eine funktionierende Baupolizei

Seite 15

Privatärzte rüsten auf wie noch nie! Seite 8

Dicke Eier

Die ultimative OGA

Neu an der diesjährigen OGA war vor allem das Schnippchen diverser Geschäfte, welche der OGA fernblieben, gleichzeitig aber mit dem OGA-Rabatt winkten. Wenn das Schule macht, können sich OGA-Zinner und OGA-Zurwerra das Aufstellen der Ausstellungshalle im nächsten Jahr sparen. Dann wird Brig-Glis zu einer grossen OGA-Freiluft-Halle und Tourismus-Pfammatter kann seinen Gartenplausch einfach um eine Woche verlängern.

Josef Bumanns Pannen

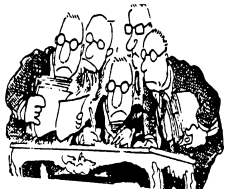
Josef Bumann ist Präsident der Region Visp/Westlich-Raron und Präfekt des Bezirkes Visp. Aber er ist auch Mitinhaber des Ingenieurbüros Bumann-Bonvin AG in Visp und erzürnt die Konkurrenz: Für die Vermessungsarbeiten in Steinhaus hat er die Offerten der ansässigen Geometerbüros dermassen unterboten, dass er spätere Nachforderungen stellen musste. Auch beim Bau des Regenklärbeckens von Eggerberg unterlief ihm ein peinlicher Fehler: Die Spülkippe war ungenügend befestigt und damit konnte der Betrieb vor versammelter Presse leider nicht aufgenommen werden. Im WB war von einer «Bagatelle» die Rede, Fachleute hingegen sprechen von einem gravierenden Fehler, der bei der vorgeschriebenen Trocken- und Nassabnahme aufgefallen sein müsste.

Hans Wyers Bürostunden

Laut «Walliser Boten» hat der frühere Walliser Energiedirektor Hans Wyer seine Dissertation «während der üblichen Bürozeit» geschrieben. Trotzdem musste seine Familie, immer laut WB-Artikel, während drei Jahren hinten anstehen. Deshalb drängt sich die Frage auf, was zum Donnerwetter hat Wyer ausserhalb der Bürozeiten getrieben?

Gabriel Laubers Retourkutsche

Gabriel Lauber, Gemeinderat von Geschinen, musste sich wohl oder übel den Forderungen einer Unterschriftensammlung gegen die Klärschlammverwendung beugen und schriftlich vom Kanton verlangen, dass der Klärschlamm abtransportiert wird. Über 90 Prozent der EinwohnerInnen und FerienhausbesitzerInnen von Geschinen hatten die Petition unterschrieben. An der Urversammlung hat sich Lauber nun geoutet und alle vor den Kopf gestossen, welche unterschrieben haben. Wem am Muttertag, so Gemeinderat Lauber, nichts Gescheiteres in den Sinn komme, als Unterschriften zu sammeln, dem sei nicht zu helfen. Hat er also vom Klärschlammcoup gewusst, im Gegensatz zum Präsidenten Louis Müller?



Lausiger Briger Stadtrat

Der Briger SP-Stadtrat Sepp Näpfli traf im Briger Stadtrat auf nachhaltig schwarz-gelben Granit. Er hatte beantragt, dass bei zukünftigen Ratsbeschlüssen und gemeindeeigenen Betrieben die Nachhaltigkeit möglichst berücksichtigt werden sollte. Der Gemeinderat solle dem Gedankengut einer lokalen Agenda 21 grundsätzlich zustimmen. Lediglich 3 Stimmen gab es für diesen Antrag. Die schwarz-gelbe Allianz stimmte geschlossen dagegen, beziehungsweise enthielt sich der Stimme. Das nächste öffentliche und unverbindliche Bekenntnis zum Umweltschutz kommt bestimmt.

Broglis Versicherung

Der frischgebackende Brig-Gliser Stadtschreiber Eduard Brogli möchte trotz gut bezahltem Stadtschreiberjob auf ein mögliches Zubrot nicht verzichten und will weiterhin Verwaltungsratspräsident der «Casino AG» bleiben. Das trifft sich gut, denn dann kann er sich auch von Amtes wegen für die Opfer der Spielsucht kümmern.

Kurzschluss bei EWBN-Schwestermann

EWBN-Direktor Anton Schwestermann hat trotz Strommarktöffnung und Jubiläumsjahr sehr viel Zeit. Wer einen EWBN-Geschäftsbericht bestellt, bekommt im Zweifelsfall ein Telefon von Schwestermann mit der Frage, wofür der Bericht gebraucht werde. Auch die «Rote Anneliese» hat sich um einen Geschäftsbericht bemüht, erhielt jedoch weder den Bericht noch ein Telefon.

Jean-Luc Addor bedauert

Das Bundesgericht hat Jean-Luc Addor, Untersuchungsrichter für das Mittelwallis, die Untersuchung in Sachen Schwarzgeldaffäre von Crans-Montana entzogen, weil er die Rechte der Angeklagten verletzt habe. Doch Addor ist nicht erst jetzt als Hardliner bekannt. So hat er ausdrücklich die Schliessung der menschenrechtswidrigen Untersuchungszellen der Kantonspolizei in Sitten bedauert.

Staatsrat Jean-René Fournier (mitte): Legislaturziel erreicht!

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 4000 Expl.
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: Fr. 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
– German Eyer (eg)
– Kurt Marti (ktm)

Freie MitarbeiterInnen
Renate Werlen, Ursula Schild, Peter Jossen, Cyrill Pinto, Dominik Luggen, Andreas Weissen (aw), Hilar Eggel (he) und andere

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

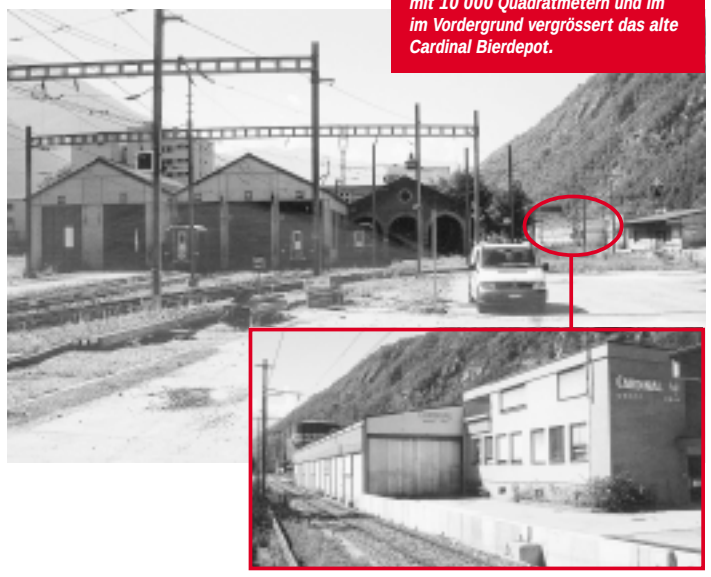
Inhalt dieser Nummer

Vom Bier- zum Kulturdepot ▶ Seite 3
Schulstadt braucht Freiräume ▶ Seite 4
Viel zu wenig Platz in den Altersheimen ▶ Seite 6
Gesundheit: Geld schlecht verteilt ▶ Seite 7
Ärzte klotzen ▶ Seite 8
Agenda 21 im Schilf ▶ Seite 9
CVP versenkt SP-Idee ▶ Seite 10
Peter Furgers wundersame Wandlung ▶ Seite 12
Spielt Bayard mit gezinkten Karten? ▶ Seite 13
Rey-Bellet auf Passreise ▶ Seite 13
Schwarzer Rauch über Geschinen ▶ Seite 14
Rey-Bellets schöner Brief ▶ Seite 14
Baupolizei im Zwielicht ▶ Seite 15
Antonio Gramsci ▶ Seite 16
Unia-Umfrage: die Ergebnisse im Detail ▶ Seite 18
Wohin frau/man geht ▶ Seite 19
Hochspannung im Goms ▶ Seite 20

Umbau des Cardinal Bierdepots und möglicher Kauf des FO-Areals

Brig-Glis muss die Chancen für ein Kulturzentrum unbedingt nutzen

(ktm) **– Beim Verkauf des Cardinal Bierdepots war eine private Gruppe schneller als die Stadt Brig-Glis. Die Gruppe ist zur Zeit voll an der Planung für eine spätere kulturelle Nutzung. Ebenfalls das angrenzende FO-Areal steht zum Verkauf. Diese Chance muss die Stadt unbedingt nutzen und damit den Grundstein für mehr kulturellen Freiraum legen.**



Wenn die Stadt will, entsteht hier ein Oberwalliser Kulturzentrum für nicht-etablierte Kultur: Das FO-Areal mit 10 000 Quadratmetern und im im Vordergrund vergrössert das alte Cardinal Bierdepot.

Auch der Brig-Gliser Stadtarchitekt Hans Ritz hat «gestaunt, als das alte Cardianal Bierdepot so günstig an Private verkauft wurde.» Vor einem Jahr haben die Kulturschaffenden Raymond Theler und Christof Wyer das alte Cardinal Bierdepot erworben. Zuvor hatte auch die Stadt ein Angebot auf dem Tisch. Dieses war laut Ritz aber weit höher ausgefallen. Beim tatsächlichen Verkauf des Bierdepots wurde die Stadt nicht mehr konsultiert.

Zur Zeit sind Theler und Wyer voll an der Planung für die spätere kulturelle Nutzung des Gebäudes. Demnächst wollen sie bei der Gemeinde Brig-Glis das Baugesuch für das «Kulturdepot» einreichen. Wenn alles rund läuft, möchten sie bereits im Winter mit dem Umbau beginnen. In rund zwei Jahren sollte das Kulturdepot für eine breite kulturelle Nutzungen bereit sein.

Szene für nicht-etablierte Kultur schaffen

Anhand des Modells erklärt Theler die geplanten Räume und die entsprechenden Nutzungsmöglichkeiten: Die rund achtzig Meter lange und zwanzig Meter breite Halle besteht hauptsächlich aus zwei grossen Räumen, einer Halle Süd und einer Halle Nord.

Im Nordteil sollte ein Konzertraum mit Bühne und Kulturtreffpunkt integriert werden. In der Halle Süd sind Ausstellungen, Arbeitsflächen für KünstlerInnen und Filmvorführungen vorgesehen. Das Ziel der Gruppe ist es, eine Szene für nicht-etablierte Kultur zu schaffen, wo Kulturschaffende und Kulturinteressierte sich treffen, diskutieren und amüsieren.

Im letzten Frühjahr wurden bereits zwei Ausstellungen durchgeführt. Theler: «Das grosse Interesse war überraschend. Ein Bedürfnis für kulturelle Freiräume ist ganz klar vorhanden.» Die Gruppe ist optimistisch, dass die Stadt sie unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gewähren lässt, obwohl die Stadt im letzten Frühling ein geplantes Konzert mit dem legendären Freejazzer Werner Lüdi, welcher kurz darauf an einem Herzschlag starb, nicht bewilligte. Auf dem Schreiben des Gemeinderates Anton Sarbach stand lakonisch und ohne Begründung: «Wir möchten nicht, dass solche Veranstaltungen im Cardinaldepot durchgeführt werden.»

Stadtarchitekt Ritz: «Solche Zentren für die Subkultur sind heute voll im Trend.»

Theler kann diesen Entscheid aus der Sicht der Stadt verstehen, weil die baulichen Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Laut Auskunft von Stadtarchitekt Ritz wird die Stadt dem Projektanten auch keine Steine in den Weg legen. Falls das Baureglement eingehalten werde, sehe er für den Umbau keine grösseren Probleme. Insbesondere gilt dies für die Baulinen zu den SBB- und BVZ-Geleisen. Auch die Lärmvorschriften dürften laut Ritz mit den entsprechenden baulichen Massnahmen erfüllt werden können, weil das Gebäude in der Gewerbezone liegt.

Ritz ist froh, dass in Brig-Glis in diese kulturelle Richtung etwas läuft. Schon an einem internationalen Planungsseminar, das 1994 in Brig-Glis stattfand, habe man darüber diskutiert. «Solche Zentren für die Subkultur sind heute voll im Trend, ich denke da beispielsweise an die Reithalle in Bern.» Für Ritz ist klar, dass die Stadt in diese Richtung etwas unternehmen muss.

FO-Gelände kaufen und umzonen

Dazu hat sie auch Gelegenheit. Denn das benachbarte FO-Gelände steht zum Verkauf, und zwar ein Grundstück von rund 10 000 Quadratmetern. Der Erlös beim Verkauf des Geländes geht gemäss Vorgabe in die Bundeskasse. In Zusammenhang mit dem Umbau des Westkopfes des FO-Bahnhofes hat die Gemeinde bereits ein Verkaufsangebot erhalten. Dieses sei aber viel zu hoch gewesen, sagt Ritz. Das FO-Areal ist zur Zeit als Verkehrsfläche eingezont und man könnte darauf nur Parkplätze bauen.

Laut Ritz ist die Stadt nach wie vor am Kauf interessiert. Der tiefe Verkaufspreis des Bierdepots dürfte nun auch den Quadratmeterpreis für das FO-Areal zum purzeln bringen. Jetzt ist der Stadtrat gefordert. Er darf nicht noch einmal schlafen und sich ein wichtiges Objekt vor der Nase wegschnappen lassen. Anschliessend ist eine Umzonung in die Gewerbezone vorzunehmen und die Planung für eine breite kulturelle Nutzung an die Hand zu nehmen. Am besten veranstaltet die Stadt einen breiten Ideenwettbewerb für eine zukünftige kulturelle Nutzung.

Kultur ist mehr als Blasmusik und Gartenplausch

Die Schulstadt Brig-Glis braucht kulturelle Freiräume

(ktm) **– Die Schulstadt Brig-Glis darf die Köpfe nicht nur mit Wissen vollstopfen, sondern muss kulturelle Freiräume schaffen, die einen Kontrapunkt setzen zu Blasmusik, Gartenplausch, Altstadtbars und Holywood-Kino. Das alte Bierdepot der Cardinal ist eine Möglichkeit, um diese Forderung zu verwirklichen.**

Auf der Homepage von Brig-Glis köchelt unter der Rubrik Kultur/Konzerte/Musik der folgende kulturelle Eintopf: Stadtmusik Saltina Brig, Musikgesellschaft Glis, Jugendmusik Brig, Jugendmusik Glis, Tambouren- und Pfeiferverein Brig, Tambouren- und Pfeiferverein Brigerbad, Jugendorchester Oberwallis, Konzertgesellschaft Oberwallis, Kirchenchor Brig, Kirchenchor Glis, Schlosssänger Brig, Männerchor Brig, Jodler-Club Ahorni Glis.

Ein Blick auf die Homepage anderer Schweizer Städte lohnt sich dann auf alle Fälle. Thun zum Beispiel überrascht unter dem Stichwort «Selve-Areal: Treffpunkt für Jung und Alt» mit Dutzenden von Lokalen, welche einen bunten Strauss von Veranstaltungen für jeden Musik-, Film und Theatergeschmack anbieten. Auch die Stadt Luzern zeigt unter dem Stichwort «Kulturzentrum Boa» wie unglaublich vielfältig junge, experimentelle und nicht-eingehockte Kultur sein kann, wenn die kulturellen Freiräume vorhanden sind *(siehe Kasten)*.

Neue Wege sind Mangelware

Solche kulturelle Freiräume sind in Brig-Glis Mangelware, obwohl im Kulturförderungsreglement steht: «Neben den traditionellen Konzerten und Theateraufführungen werden Veranstaltungen, die neue Wege gehen, besonders unterstützt.» Im Vergleich zu Städten wie Thun oder Luzern liegt Brig-Glis im tiefen Dornröschenschlaf.

Lichtblicke sind einzig das Oberwalliser Kellertheater, vereinzelte Aufführungen im Werkhof und die Oberwalliser Filmtage. Sonst fehlt es an allen Ecken und Enden an Freiräumen. Im Kino regiert Holywood, die jungen Bands ärgern sich über verschlossene Zivilschutzräume und die Musikkonzerte finden einmal hier und einmal dort statt, ohne räumliche und zeitliche Konstanz. Kurz: Es gibt keine Szene für freie nicht-etablierte Kultur.

Folgende vier Gründe sprechen für die Schaffung von kulturellen Freiräumen in Brig-Glis und eine aktive Rolle des Stadtrates:

1 Verpflichtung einer Schulstadt:

Brig-Glis ist die wichtigste Schulstadt im Kanton Wallis. Dies bestätigt eine kürzlich veröffentlichte Regionalstudie der Credit Suisse. In Brig-Glis gehen mehr als 5000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene in die Schule. Zum Vergleich: Die EinwohnerInnenzahl liegt bei rund 12 000.

2 Wider den Altstadtfrust:

An den Wochenenden stauen sich die Jugendlichen in den Bars der Burgschaft. Ihren Frust lassen sie in den Gassen der Burgschaft ab. Die AnwohnerInnen sind sensiblisiert und reagieren auf Lärm und sonstige Emissionen mit Widerstand. Die Antwort der Stadt ist mehr Polizei.

3 Kontrapunkt zu Visp:

Mit dem Kultur- und Kongresszentrum «La Poste» ist Visp die Oberwalliser Hauptstadt der klassischen Kultur. Brig-Glis hat die Chance zum Oberwalliser Zentrum für freie Kultur zu werden, welche die nicht-etablierte, junge und experimentellen Kultur umfasst.

4 Attraktiver Lebensraum:

Viele Jugendliche verlassen das Oberwallis Richtung Norden, um sich weiterzubilden. Viele bleiben nach der Ausbildung dort, weil das Oberwallis ein kultureller Eintopf ist. Neben der politischen Öffnung, ist nun auch die kulturelle Öffnung notwendig, damit der Lebensraum Oberwallis attraktiver wird.

Als Kontrapunkt zu den Bienenwaben braucht Brig-Glis kulturelle Freiräume.

Hermann Anthamatten, Präsident der Kulturkommission von Brig-Glis

«Kulturpolitik ist Aufgabe des Stadtrates»

«Die Kulturkommission kann keine Kulturpolitik im eigentlichen Sinne machen. Sie hat zwar ein Atelierhaus initiiert, ist dabei, den Alten Werkhof als Kulturraum zu installieren und hat die Ausstellung Kunst in der Stadt ins Leben gerufen. Doch dabei stösst das Milizsystem an seine Grenzen. Die Kulturkommission hat vor allem die Aufgabe, Kulturschaffende mit finanziellen Beiträgen zu unterstützen. Kulturpolitik hingegen ist Aufgabe des Stadtrates. Um diesen zu beraten, braucht es einen Kulturbeauftragten mit einem Teilpensum von 50 Prozent. Die Reorganisation der Stadtverwaltung ist eine gute Gelegenheit, eine(n) Kulturbeauftragte(n) einzuplanen.

Wir haben relativ wenig Gesuche aus der sogenannten alternativen Szene. Mir scheint, viele Junge wissen gar nicht, dass sie von der Kulturkommission finanzielle Beiträge bekämen. Die traditionellen Kulturschaffenden jedoch haben eine gewachsene Struktur und machen ihre Gesuche professionell. Schon deshalb ist eine Stärkung der alternativen Kultur notwendig. Doch ich möchte festhalten, dass man Kultur nicht verordnen kann. Es gilt gute Rahmenbedingungen zu schaffen.»

Zum Beispiel Luzern:

Hayek als Geburtshelfer des BOA-Kulturzentrum

Ende der 80er Jahre wollte die Stadt Luzern ihre Kulturräume optimieren und liess den Hayek-Kulturbericht erstellen. Der Hayek-Bericht hielt fest, dass die Stadt die berechtigten Interessen der «Jungen Kultur» zu wenig abdeckt und listete leerstehende Industrie- und Gewerberäume auf, welche sich für einen Kulturbetrieb eigneten. Aufgrund dieser Situationsanalyse schlug der Bericht ein Kulturzentrum in der alten Schlauchfabrik BOA AG vor. 1991 stimmten die StadtluzernerInnen einem Kredit von 6,3 Millionen Franken für den Um- und Ausbau des Kulturzentrums BOA zu. Nach einer längeren Verzögerung durch Einsprachen wurde am 1. Dezember 1995 das Kulturzentrum BOA eröffnet. Geführt wird das Zentrum für junge Kultur seither von der Interessengemeinschaft Kulturraum BOA (IKU BOA). Zurzeit ist eine Umstrukturierung mit neuem Konzept im Gange.

Nach 12 Jahren Treten an Ort:

Der Alte Werkhof wird sanft umgebaut

Auf Vorschlag der Kulturkommission (KuKo) wird der Alte Werkhof sanft renoviert. Im Auftrag der KuKo hat der Architekt Stefan Bellwalder einen Umbauvorschlag gemacht. Nach 12-jährigem Treten an Ort kommt wieder Bewegung in die kulturelle Nutzung des Werkhofes. Der Alte Werkhof soll für verschiedenste Anlässe (Versammlungen, Ausstellungen, Konzerte, Theater, Filme, Tanzvorstellungen, Übungszwecke, Werk- und Atelierbetriebe) genutzt werden. Diese multifunktionale Nutzung wird dadurch gewährleistet, dass die Räume nicht auf eine einzige Nutzung eingerichtet werden und Improvisationen zulassen. Beim Umbau wird darauf geachtet, dass eine spätere Nutzung als Kunsthaus möglich ist.

Der Konzeptvorschlag skizziert folgende Umbaumassnahmen: die Rückführung des Werkhofes in seinen früheren Zustand, eine sanfte Renovation von Werkhof und Garage, eine interne Verbindung der Räume, den Einbau eines zentralen Serviceraums, einer mobilen Serviceeinrichtung und von Toiletten. Die Kosten werden auf höchstens 265 000 Franken geschätzt.

Laut KuKo-Präsident Hermann Anthamatten ist der Alte Werkhof «nicht als alternatives Kulturzentrum gedacht. Schon die beschränkte Grösse und seine Lage würden das ausschliessen. Der Alte Werkhof soll ein Begegnungszentrum der verschiedensten Kulturformen für die verschiedensten Bevölkerungsschichten werden.»

KuKo-Präsident Hermann Anthamatten: *«Der Alte Werkhof ist nicht als alternatives Kulturzentrum gedacht.»*

Hier finden im Sommer jeden Freitagabend Gartenpläusche statt, welche vor allem Touristen ansprechen.

Das Oberwalliser Kellertheater als Lichtblick in der Briger Kulturszene.

Hans Ritz, Stadtarchitekt von Brig-Glis

«Auch andere Bereiche haben ihre Beauftragten»

«Im Zusammenhang mit der Reorganisation der Verwaltung haben wir auch über einen Kulturbeauftragten diskutiert. Dies ist ein berechtigtes Anliegen. Die anderen Bereiche haben auch ihre Beauftragten, z.B. die Schulen ihre Direktoren. Wieso nicht auch die Kultur? Es braucht ein Kulturkonzept, an dem alle Interessierten mitarbeiten. Der Stadtrat hat mit dem Umbau des Werkhofes bereits ein positives Signal gegeben.»

Schritte in Richtung Kulturstadt Brig-Glis

1 Kulturbericht:

Kulturpolitik ist Aufgabe des Stadtrates. In diesem Sinne muss der Stadtrat handeln und Freiräume für die nicht-etablierte Kultur fördern. Zunächst braucht es einen Kulturbericht von kompetenter und unabhängiger Seite. Dieser Bericht hält die heutigen Stärken und Schwächen fest und schlägt entsprechende Massnahmen zur Verbesserung vor.

2 Kulturbeauftragte(r):

In der geplanten Reorganisation der Verwaltung muss die Stelle eines Kulturbeauftragten oder einer Kulturbeauftragten vorgesehen sein. Eine der Aufgaben des oder der Kulturbeauftragten wird es sein, gute Rahmenbedingungen und eine Struktur für die nicht-etablierte, freie Kultur zu schaffen.

3 Kulturzentrum:

Ein erster Schritt zur Schaffung von kulturellen Freiräumen ist der von privater Seite geplante Umbau des alten Cardianal Bierdepots. Die Stadt muss hier die Rolle einer aktiven Kulturförderung übernehmen und den privaten Initiatoren von Beginn weg positive Signale geben. Insbesondere ist es wichtig, beim Verkauf des FO-Areals die Nase vorne zu haben und das Areal für eine kulturelle Nutzung umzuzonen.

• Immer längere Wartelisten
• Immer mehr Pflegefälle
• Immer weniger geschultes Personal

Die Spitäler sind halb leer und die Altersheime platzen aus allen Nähten

(eg) **– Eine kurze Umfrage in einigen Oberwalliser Altersheimen zeigt: die Heime sind auf die letzten Plätze besetzt und die Wartelisten der SeniorInnen die ins Altersheim wollen, werden immer länger. Umgekehrt herrscht in den Oberwalliser Kreisspitälern etagenweit gähnende Leere.**

Dasselbe Bild in allen Oberwalliser Altersheimen: Immer mehr ältere Menschen warten auf einen Platz in einem Altersheim, geschultes Personal fehlt an allen Ecken und Enden. Hinzu kommt, dass es sich bei über 80 % der Insassen um Pflegefälle handelt.

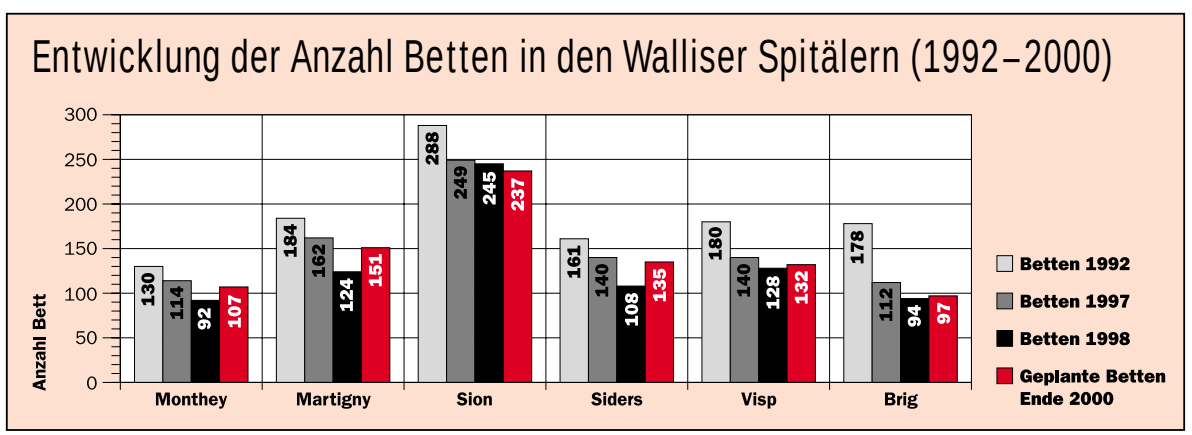
Brig–Naters–Fiesch–Steg

Im Altersheim Englischgruss warten insgesamt 170 Personen auf einen freien Platz. Davon müssten 33 dringend aufgenommen werden. Das Durchschnittsalter beträgt 84.8 Jahre. Von den Insassen sind rund 90 % Pflegefälle. Ein ähnliches Bild in der Alterssiedlung Sancta Maria in Naters. 120 Einwohner aus Naters, Birgisch und Mund stehen auf der Warteliste, rund 60 davon fallen unter die akuten Fälle, die dringend einen Platz im Altersheim benötigen. Im Alters-, Wohn- und Pflegeheim «St. Theodul» gelten 85 % bis 90 % als Pflegefälle. 30 bis 35 Personen finden keine Aufnahme ins Heim. Im Alters- und Pflegeheim St. Anna in Steg sollten 10 SeniorInnen dringend untergebracht werden, 30 weitere warten, bis ein Platz frei wird. Alle Leiter und Leiterinnen der angefragten Oberwalliser Altersheime sind sich einig: die schon heute dramatische Situation wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen.

Freien Platz in den Spitälern nutzen

Seitens des Gesundheitsdepartementes werden die unhaltbaren Zustände in den Oberwalliser Altersheimen bestätigt. Vorab in der Region Brig-Glis und Naters herrscht absoluter Notstand an freien Betten in den Heimen. Im Schnitt rechnet man mit 5.3 Betten pro 100 Einwohner. In der Region Brig-Glis und Naters sind es gerade einmal 3.5 Betten auf 100 Einwohner. Totzdem warnt man seitens des zuständigen Departementes jetzt ziellos und à discretion neue Altersheime aufzustellen. Zum einen betragen die Investitionskosten pro Bett in einem Altersheim zwischen 100 000 und 150 000 Franken, zum anderen ist gerade in den Oberwalliser Spitälern genügend Platz vorhanden, um pflegebedürftige ältere Menschen aufzunehmen. Diese Lösung wäre nicht nur weitaus kostengünstiger sondern hätte auch den Vorteil, dass die notwendige Infrastruktur und geschultes Personal zur Pflege der älteren Menschen vorhanden sind. Demnächst soll mit einem Pilotprojekt im Briger Spital begonnen werden. Wir sind gespannt, ob diesmal die Vernunft obsiegt oder ob wieder einige Kirchturmpolitiker den Untergang ihres Spitals befürchten, wenn sie einige alte, pflegebedürftige Menschen in ihrem Spital aufnehmen müssen.

Beispiel Altersheim Englischgruss in Brig:
170 Personen stehen auf der Warteliste, 33 davon sollten dringend aufgenommen werden. Das Durchschnittsalter im Heim beträgt über 84 Jahre.



Die Bettenzahlen in den Spitälern von Visp und Brig ist in den Jahren zwischen 1992 und 1998 um 136 Betten zurück gegangen. Ein Teil dieser Betten könnte pflegebedürftigen älteren Menschen zur Verfügung gestellt werden.

• Kosten für Medikamente weit über dem Schweizerischen Durchschnitt
• WalliserInnen nicht kränker oder gesünder als die übrigen SchweizerInnen

Genug Geld im Walliser Gesundheitswesen – nur leider nicht gut verteilt!

(eg) **– Die durschnittlichen Kosten eines Walliser Versicherten zu Lasten der Krankenversicherung betrug im Jahr 1999 1738 Franken. Im schweizerischen Schnitt beliefen sich die Kosten auf 2016 Franken.**

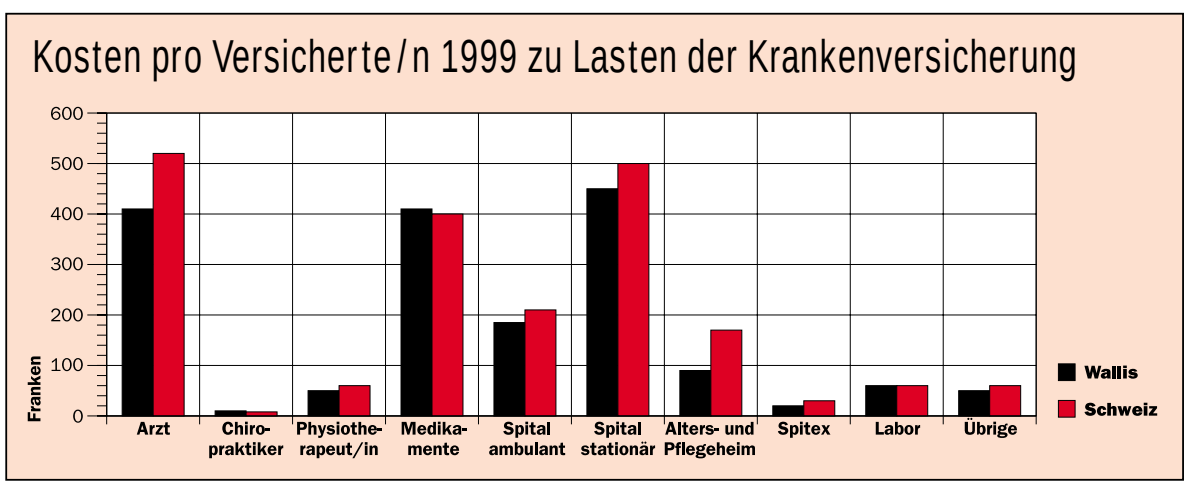
Der untenstehenden Tabelle kann man folgende interessante Fakten entnehmen:

- Die Arztkosten pro Versicherten liegt leicht unter dem schweizerischen Schnitt. Das hat mit der Arztdichte zu tun, die bei uns in ländlichen Gebieten relativ gering ist. Die Arztkosten zu Lasten der Versicherten sind aber höher als beispielsweise in den Kantonen Thurgau und Luzern.
- Die Kosten für Medikamente, die von der Krankenversicherung bzw. von den Prämienzahlenden berappt werden, sind im Wallis höher als in den meisten anderen Kantonen. Während der Anteil der Medikamente an den Gesamtkosten schweizerisch genau 20 Prozent ausmacht, liegt die Walliser Marke bei fast 24 Prozent. Dabei sind wir WalliserInnen nicht gesünder oder kränker als die übrigen SchweizerInnen.
- Auch die Spitäler liegen im schweizerischen Schnitt. 36,6 Prozent der Gesamtkosten auf dem Buckel der Versicherten gehen im Wallis an die Spitäler. Schweizerisch sind dies 35,3 Prozent. Die teuren Doppelspurigkeiten in unseren Spitälern müssen ausgemerzt werden. Dann können die nötigen Lohnverbesserungen für das Pflegepersonal leichter finanziert werden. Erhöhungen der Tarife bringen höhere Prämien mit sich, die mittels Kopfprämien unsozial finanziert werden.
- Im stationären Bereich kostet ein Walliser Patient die Krankenkassen leicht weniger als ein durchschnittlicher Schweizer Patient. Immerhin liegen wir vor Kantonen wie Graubünden, Bern, St. Gallen, Glarus und Luzern. Die Kosten im reichen Kanton Zug liegen gar über 10 Prozent tiefer als im Wallis.
- Im Bereich der Alters- und Pflegeheime ist ein dringender Aufholbedarf nötig. Es hat zuwenig Betten und zuwenig Personal. Gleiches gilt für den Spitex, der im Wallis noch ausgebaut werden muss. Die sozialmedizinischen Zentren, vorab im Oberwallis, müssen die Pflege daheim noch massiv weiter entwickeln.

Kostensprung im Wallis

Vom Jahr 1998 zum Jahr 1999 nahmen die Gesundheitskosten gesamtschweizerisch um 3,6 Prozent. Im Wallis war der Kostensprung bei 4,7 Prozent. Dabei schlägt der Medikamentenbereich mit einer Zunahme von sage und schreibe 17,2 Prozent massiv ins Gewicht. Die ambulanten Spitalkosten schnellten um spektakuläre 27,2 Prozent in die Höhe. In diesen Bereichen ist die Einflussnahme des Staates gleich null.

Umgekehrt gingen die Kosten im stationären Bereich der Spitäler um 4,6 Prozent zurück. Mit einer Reorganisation der Spitäler könnten dort noch vermehrt Mittel eingespart werden. Um dem Personal die nötigen Lohnverbesserungen zu gewähren.



Rosinenpickerei im Walliser Gesundheitswesen:

Jetzt rüsten die Privaten auf!

- Immer modernere und teurere Apparate
- Darum immer mehr Untersuchungen
- CVPO-Flennerei kommt zu spät

(eg) **– Die Walliser Spitalpolitik kommt nicht vom Fleck. Die Spitalverantwortlichen halten an ihren Pfründen fest. Eine vernünftige Zusammenarbeit unter den Spitälern scheint zurzeit noch unmöglich. Die Kosten sind und bleiben hoch. Und jetzt beginnen auch noch die Privatkliniken aufzurüsten. Mit sündhaft teuren Apparaten werden auf Kosten der Prämienzahler Überkapazitäten geschaffen.**

Die Spitzentechnologie im Gesundheitswesen kennt keine Grenzen. Nach den konventionellen Röntgenapparate kam der Computertomograph. Jetzt kommt der Magnetresonanztomograph (MRI). Dieses Hochleistungsgerät verbessert die Untersuchungsergebnisse und liefert exzellente Aufnahmebilder beispielsweise bei Nervenkrankheiten oder Erkrankungen der Herzkranzgefässe. Dagegen wäre eigentlich nichts einzuwenden, wenn diese bis zu 3 Millionen Franken teuren Ausrüstungen jetzt nicht wie Kraut aus dem Walliserboden schiessen.

Guter SP-Vorschlag von CVP und CSP versenkt

Alt Staatsrat Peter Bodenmann erkannte schon vor zwei Jahren die gefährliche Entwicklung mit der Aufrüsterei im privaten Gesundheitsbereich und mit der damit verbundenen Kostenexplosion. Deshalb unterbreitete er der Kommission für Spitalplanung des Grossen Rates ein Dekret. Aufgrund eines neuen Artikels im Gesundheitsgesetz hätte der Staatsrat die Planung und Koordination von privaten, spitzenmedizinischen Ausrüstungen übernommen. Das Dekret kam nie vor den Grossen Rat. Die Mehrheit der grossrätlichen Spitalkommission versenkte den guten Vorschlag aus dem Gesundheitsdepartement schon im ersten Durchgang. Der Oberwalliser SPO-Grossrat Roland Zimmermann wehrte sich vergebens gegen die bürgerliche Kommissionsmehrheit mit Vertreterinnen der CVPO und der CSPO.

Schwarzes Lamento kommt zu spät

Heute beginnt die CVPO zu lamentieren und flennen. In einem parlamentarischen Vorstoss beklagt sie sich gegen den Wildwuchs im privaten Gesundheitssektor und verlangt die Installation von MRI Geräten in den Spitälern. Das schwarze Lamento kommt zurecht – nur einige Jahre zu spät. Die damaligen Befürchtungen des Gesundheitsdepartementes haben sich in der Zwischenzeit mehr als bewahrheitet. Nachdem in Sitten drei MRI von privater Seite angeschafft wurden, folgte Martinach. Bald darauf folgte der ehemalige Oberarzt der Röntgendiagnostik des Briger Spitals und installierte in einer Privatpraxis sein eigenes MRI. Demnächst soll in Visp ein sechster Apparat hinzukommen.

Im Wallis Kapazitäten für fast eine Million Einwohner

Eine Expertise aus dem Jahre 1996 kam zum Schluss, dass eigentlich die Installierung eines MRI in einem Spital für den ganzen Kanton ausreichen würde. Grundsätzlich geht man davon aus dass auf ca. 150 000 Einwohner ein MRI genügt. Im Wallis bestehen somit heute schon MRI-Kapazitäten für fast eine Million Einwohner. Und die Aufrüsterei soll munter weiter gehen.

Die fehlende Koordination zwischen dem öffentlichen und privaten Gesundheitsbereich rächt sich jetzt bitter. Damit die kostspieligen Ausrüstungen rentieren nimmt die Anzahl der MRI-Untersuchungen explosionsartig zu. Die Folgen tragen die Versicherten mit immer höheren Krankenkassenprämien. Hinzu kommt, dass gut gemeinte Sparanstrengungen im Gesundheitswesen mit solch unverantwortlichen Auf- und Ausrüstungen mit einem Schlage zunichte gemacht werden.

Das Wallis muss jetzt vom Kanton Schaffhausen lernen

Im Kanton Schaffhausen ist noch vor dem Sommer ein wichtige Bundesratsentscheid gefallen: nicht die Krankenversicherer sondern die Betreiber von medizinisch-technischen Geräten haben das Kostenrisiko bei einer Überversorgung zu tragen. Zum Bundesratsentscheid kam es so: Im Dezember 1997 lehnte das Schaffhauser Simmvolk die vorgesehene Neuanschaffung eines Magnetresonanz-Tomographen ab. Daraufhin lancierte die Firma MRS AG, unterstützt durch die Mehrheit der Schaffhauser Ärzte, die Anschaffung eines Tomographen auf privater Basis. Gegen den Volkswillen wurden in der Region Schaffhausen zusätzlich Überkapazitäten geschaffen, die Prämienzahler hatten die Kosten zu decken. Der Kantonale Krankenkassenverband Schaffhausen wurde von den Krankenversicherern beauftragt beim Bundesrat Beschwerde zu hinterlegen. Der Bundesrat gab den Krankenversicherern recht. In seiner Beschwerdeantwort hielt der Bundesrsat fest, dass das Einzugsgebiet für den Schaffhauser Tomographen zu klein sei. Für die aus den Überkapazitäten entstandenen Kosten müsste die obligatorische Krankenversicherung nicht aufkommen. Der Bundesrat legte den Taxpunktwert für MRI-Leistungen auf 2.24 Franken statt 3.49 Franken fest. Nach diesem neuen Wert müssen die privaten MRI Betreiber 360 000 Franken an die Krankenkassen zurück zahlen. Dieser Entscheid muss jetzt auch für das Wallis wegweisend sein.

Agenda 21 des Kantons komplett im Schilf

Übung abbrechen und neu beginnen!

(ktm) **– Seit Anfang Mai bastelt die «Stiftung Sion 2006 für eine nachhaltige Entwicklung» an einer Agenda 21 für den Kanton Wallis. In der begleitenden Arbeitsgruppe sind die Frauen krass untervertreten und der WWF wurde ausgeschlossen. Die Zielsetzungen sind chaotisch, die Sitzungsdisziplin ist miserabel und der vorliegende Expertenbericht schlicht unbrauchbar. Ein Plädoyer für einen Neuanfang.**

Die «Stiftung Sion 2006 für eine nachhaltige Entwicklung der Alpenregion» unter dem Präsidium von Gabrielle Nanchen hat vom Staatsrat den Auftrag, einen Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung im Wallis, eine sogenannte Agenda 21 (für das 21. Jahrhundert) zu entwickeln. Um die Arbeiten zu begleiten, ernannte der Staatsrat letzten Februar eine 21-köpfige Arbeitsgruppe, der VertreterInnen der Bereiche Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Umwelt, Tourismus und Kultur angehören. Präsident der Arbeitsgruppe ist Christian Werlen, Chef der kantonalen Dienststelle für Wald und Landschaft.

Statt eine Frau WB-Chefredaktor Pius Rieder

Erstaunlicherweise fehlt in der Arbeitsgruppe der WWF, welcher vor anderthalb Jahren eine eigene detaillierte Agenda 21 für das Wallis veröffentlichte. Die Logik des Staatsrates ist offensichtlich: Wer gegen die Olympischen Spiele war, der hat auch kein Recht auf Mitsprache beim Umweltschutz. Noch peinlicher ist die krasse Untervertretung der Frauen in der Arbeitsgruppe: Auf 21 Mitglieder trifft es bloss vier Frauen. Anfangs waren es noch fünf, aber die angefragte Journalistin Ines Mengis lehnte eine Teilnahme ab, weil sie gegenwärtig andere Projekte verfolge. Als Ersatz für Mengis fiel die Wahl auf Pius Rieder, den WB-Chefredaktor. Akzente wusste Rieder in den bisherigen Sitzungen noch keine zu setzen, weil er sich beide Male entschuldigen liess. Überhaupt ist die Sitzungsdisziplin der Mitglieder miserabel. An der Juni-Sitzung fehlten 9 von 21 Mitgliedern.

Der Output der beiden Sitzungen ist minimal. Jeder und jede versucht seine Interessen in den Prozess einzubringen. Nachhaltigkeit ist dabei kein zwingendes Kriterium. So lesen sich die Zielsetzungen im Bereich Wirtschaft wie ein Programm der Wirtschaftsförderung: «Instrumente der Wirtschaftsförderung aufwerten; Zugang zu Krediten erleichtern; Aufwertung der Parahotellerie; die KMU verteidigen; neue touristische Infrastrukturen nicht verhindern, sondern integrieren.» Der letzte Vorschlag dürfte wohl ein Weihnachtswunsch von Jérémie Robyr sein, dem Präsidenten von «Wallis Tourismus», der ebenfalls in der Arbeitsgruppe Unterschlupf fand.

Brave Zusammenfassung der Verwaltungsberichte

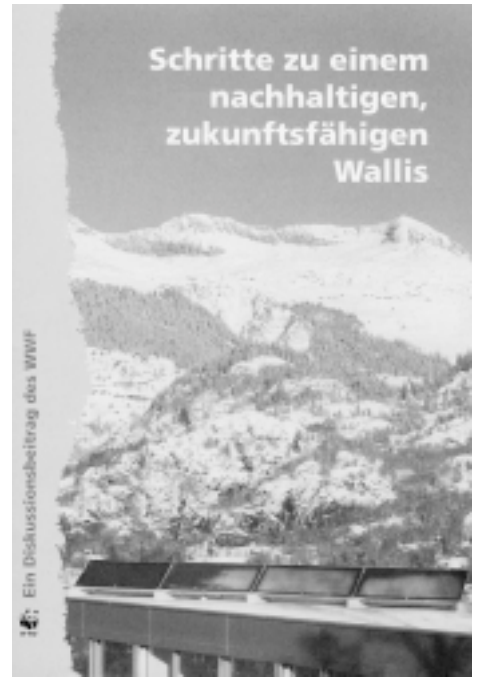
Das Prunkstück der laufenden Diskussion flatterte den Mitgliedern der Arbeitsgruppe allerdings Mitte September auf den Tisch, nämlich der Bericht «Zustandsbefund in Sachen nachhaltige Entwicklung im Wallis». Der Bericht wurde von Christophe Clivaz erstellt, welcher 1999 eine Doktorarbeit geschrieben hat. Clivaz gibt zu, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der direkte Kontakt mit Mitgliedern der Umweltorganisationen und der Gewerkschaften nicht möglich waren.

Der Bericht ist denn auch nichts anderes als eine gute Zusammenfassung der kantonalen Verwaltungsberichte der vergangenen Jahre. Seitenlang wird hier über die Arbeitsweise der kantonalen Verwaltung, des Grossen Rates und der Gerichte parliert, in getreuer Übernahme der entsprechenden Jahresberichte. Zum besten gegeben werden auch die erfolgreiche Wirtschaftsförderung, die offenbar einzigartige Walliser Tourismuspolitik und die ebenfalls famose Jagdregelung. Offenbar hat es das Departement von Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet versäumt, ein klar umrissenes Mandat an verschiedene Fachleute zu vergeben und einen kritischen Bericht zu verlangen. Froh um den schönen Auftrag ist es dem frischgebackenen Doktor Clivaz nicht zu verüblen, dass er nicht mit einem kritischen Bericht den Geldhahn zum Versiegen bringen wollte.

Kein einziges Wort zum CO_2-Ausstoss und zur Bedrohung der Artenvielfalt

In den Umweltbereichen wird der Bericht unglaublich schmal. Eine ausführliche Bestandesaufnahme der ökologischen Probleme im Wallis fehlt. Es ist auch unglaublich, dass man einen Bericht zur Agenda 21 schreiben kann und dabei über die folgenden Problembereiche kein Wort verliert:

- **CO2-Ausstoss und Klimaerwärmung**
- **Dramatischer Rückgang der Artenvielfalt**
- **Zerstörung der Lebensräume für Pflanzen und Tiere**
- **Fehlende Restwassermengen bei Wasserkraftwerken**
- **Dramatische Zersiedelung der Landschaft**
- **Internalisierung der externen Kosten**
- **Wachsende Kluft zwischen Reich und Arm im Wallis**



Der WWF hat letztes Jahr einen 70-seitigen Bericht «Schritte zu einem nachhaltigen, zukunftsfähigen Wallis» veröffentlicht. Im Bild die Kurzfassung davon.

- **Ungleiche Verteilung des volkswirtschaftlichen Reichtums im Wallis**
- **Nichteinhaltung von Minimallöhnen im Wallis**

Wo der Bericht ausnahmsweise kritisch wird, ist er nicht auf dem neusten Stand des Wissens. Beispielsweise im Bereich der Baupolizei erwähnt Clivaz zwar den Expertenbericht von Professor Jean-Baptiste Zuffrey *(siehe Seite 15)*, auf den der Staatsrat noch immer warte. Dabei liegt der Bericht zur Neuorganisation der Baupolizei bereits seit April 2000 vor. Die Situationsanalyse des Berichtes hätte unbedingt in eine kantonale Standortbestimmung gehört.

Vorschläge für das weitere Vorgehen:

1. Auflösen der Arbeitsgruppe und geschlechterparitätische Zusammensetzung
2. Zahl der InteressenvertreterInnen auf 6 – 8 reduzieren oder ein breites Laienforum einberufen, dem keine InteressenvertreterInnen angehören
3. Umweltschutz als Primärziel festlegen
4. Drei Sekundärziele definieren: a) Vollzug des Umweltgesetzes; b) verursachergerechte Wirtschaft und c) soziale Gerechtigkeit
5. Sekundärziele konkretisieren anhand von Schlüsselbereichen (z.B. Tourismus, Verkehr, Natur- und Landschaftsschutz, Landwirtschaft, Mindestlöhne, Gleichberechtigung etc.) und je zwei Massnahmen formulieren
6. Neuen Expertenbericht in Auftrag geben, mit der Aufforderung eine kritische Situationsanalyse zu geben.

Ideenwettbewerb «Energiezukunft Brig-Glis»

Wie die Briger CVP der SP eine gute Idee abknüpft und aufs Abstellgleis setzt

(ktm) **– Anfang Jahr machte der SP-Stadtrat Sepp Näpfli den Vorschlag für einen Ideenwettbewerb «Energiezukunft Brig-Glis». Im Schlepptau des EWBN-Chefs Anton Schwestermann übernahm die CVP-Stadträtin Claudia Chastonay die gute Idee und setzt sie nun aufs Abstellgleis.**

Die Einführung des Minergie-Standards für öffentliche Gebäude muss Teil der «Energiezukunft Brig-Glis» sein.

Brig-Glis möchte das «Energie-Stadt»-Label und damit zu den Pionieren in der Schweiz gehören. Damit dieses Label auch hält, was es verspricht, braucht es wegweisende Massnahmen beim Energiesparen und bei der umweltfreundlichen Energieproduktion. Aus diesem Grund machte SP-Stadtrat Sepp Näpfli letztes Jahr den Vorschlag für einen Wettbewerb «Fernwärme KVA». Der Stadtrat stimmte einem diesbezüglichen Beitrag von 20 000 Franken im Dezember 1999 zu. In Gesprächen mit Fachleuten stellte sich heraus, dass die isolierte Betrachtung der KVA-Abwärme zu wenig bringt. Deshalb schlug Näpfli Anfang dieses Jahres einen «Ideewettbewerb Energiezukunft Brig-Glis» vor.

Vernetzung vorliegender Studien

Ziel eines Energiewettbewerbs ist nicht eine neue Studie, sondern die Vernetzung vorliegender Studien im Bereich der Energie in Brig-Glis (siehe Kasten). Wettbewerbe haben sich vor allem im Bereich der Architektur bewährt. Für Brig-Glis liegt eine ganze Reihe von Studien zur Versorgung mit Gas, zur Nutzung der KVA-Fernwärme und des Grundwassers vor. Zudem gilt es den Minergie-Standard anzuwenden und die Nutzung der erneuerbaren Energien (Holz, Sonne, Wasser) voranzutreiben.

Näpfli suchte den Kontakt zu den Verantwortlichen der Stadt, unter anderem mit der CVP-Stadträtin Claudia Chastonay, dem EWBN-Direktor Anton Schwestermann und dem Stadtarchitekten Hans Ritz. An einer gemeinsamen Sitzung präsentierte Näpfli ein detailliertes Konzept für einen Energiewettbewerb, ausgearbeitet vom Energieingenieur Heini Glauser. Schwestermann witterte sogleich eine parteipolitischen Vorteil für die SP. Zudem hat der EWBN-Direktor von Amtes wegen wenig Interesse an zusätzlicher Stromproduktion und vermindertem Stromabsatz.

Stadträtin Chastonay legt sich quer

Im Schlepptau von Schwestermann legte sich an der erwähnten Informationssitzung auch Stadträtin Chastonay quer und war der Meinung, es gebe schon genug Studien. Ein Energiewettbewerb mache deshalb keinen Sinn. Dabei übersah sie, dass ein Wettbewerb eben keine neue Studie ist und grosse Vorteile aufweist *(siehe Kasten)*. Trotz aller Ablehnung ging Chastonay im Jahr der Gemeinderatswahlen auf ganz sicher und verlangte die Federführung des Dossiers, weil sie im Stadtrat für das Ressort Energie zuständig sei und nicht Näpfli.

Ideenwettbewerb «Energiezukunft Brig-Glis»

Auf Initiative von Sepp Näpfli arbeitete der Energieingenieur Heini Glauser ein Konzept für einen zweistufigen Ideenwettbewerb aus. Demnach schreibt die Stadt Brig-Glis einen Ideenwettbewerb öffentlich aus. Fachleute über die Kantonsgrenzen hinaus können sich daran beteiligen.

1. **Stufe:** Die TeilnehmerInnen des Wettbewerbs liefern eine Ideenskizze auf maximal 8 A4-Seiten. Ein Preisgericht von Fachleuten beurteilt die Ideenskizzen anhand der vier Kriterien: Innovation, Energie-Effizienz, Wirtschaftlichkeit, Umsetzungschancen. Anschliessend wählt das Preisgericht 4–8 Projekte zur Weiterbearbeitung aus.

2. **Stufe:** Die Ideenskizzen werden konkretisiert. Besonderer Wert wird auf eine einfache und auch für Laien verständliche Darstellung und Präsentation gelegt. Für beide Stufen gilt das gleiche Preisgericht. Die TeilnehmerInnen bleiben während des ganzen Verfahrens anonym.

Als Preissumme stehen 30 000 Franken zur Verfügung. Nach Abschluss des Wettbewerbs schlägt das Preisgericht dem Stadtrat vor, die beste Idee weiterzuverfolgen und zu konkretisieren.

Für das Preisgericht wurden angefragt:

- Claudia Chastonay, Stadträtin
- Heini Glauser, Architekt und Energieingenieur
- Sepp Näpfli, Stadtrat
- Hans Ritz, Stadtarchitekt
- Odilo Schmid, Nationalrat, KVA-Präsident
- Anton Schwestermann, EWBN-Direktor
- Moritz Steiner, Chef der kantonalen Dienststelle für Energie
- Guise Togni, Physikerin und Energieberaterin

Am 28. März 2000 beschloss der Briger Stadtrat auf Antrag von Chastonay das Projekt auf die Nachbargemeinden Naters, Termen und Ried-Brig auszudehnen und mit diesen zu diskutieren, ob ein Wettbewerb oder eine Studie durchgeführt werden soll. Inzwischen reagierte Naters positiv auf die Anfrage, hat aber verlangt, dass auch Mund und Birgisch einbezogen werden. Die Antworten von Termen und Ried-Brig standen Anfang September noch aus. Der Einbezug von weiteren Gemeinden ist positiv zu werten, macht aber das Projekt schwieriger und ist offenbar Teil der Verzögerungsstrategie der CVP.

Zickzack-Kurs Richtung Schublade

Der Gipfel allerdings ist, dass nun auch eine weitere Studie in Betracht gezogen wird, wo doch Chastonay und Schwestermann erklärten, es gebe schon genug Studien. Hier wird die CVP-Strategie augenfällig. Um einen breiten Wettbewerb zu verhindern, ist es alleweil noch besser, einen Studienauftrag an ein schwarzes oder gelbes Büro zu vergeben. Am besten an ein Büro, das bereits Studien erarbeitet hat und nun die alten Daten mit einem fetten Auftrag aufpolieren kann. Am Ende läge auf dem Tisch eine weitere Studie, welche alsbald in der Schublade verschwände.

Auf Anfrage erklärte Stadträtin Chastonay: «Ich glaube nicht, dass ein Wettbewerb wesentlich Neues bringt. Die Eckdaten sind aus verschiedenen Studien bekannt.» Folglich ist es aus CVP-Sicht besser, eine weitere Studie zu machen. Laut Chastonay würden dann die bisherigen Studien den Fachleuten unterbreitet, worauf diese sagen, «was gescheit ist zu tun.» Natürlich fehlt die obligate Bemerkung nicht: Grundsätzlich aber lasse sie die Frage «Wettbewerb oder Studie» noch offen.

Stadtarchitekt Ritz für Ideenwettbewerb

Anders als Stadträtin Chastonay ist Stadtarchitekt Hans Ritz überzeugt, dass die Idee eines Wettbewerbs grosse Vorteile bietet. Die Stadt Brig-Glis brauche ein gutes Energiekonzept und deshalb müssten Spezialisten «unvoreingenommen und losgelöst von Interessen» an die Sache herangehen. «Am besten ist es, wenn ein regionales und fünf externe Büros Vorschläge machen. Man kann vorgehen wie es Stadtrat Sepp Näpfli und Energieingenieur Heini Glauser vorgeschlagen haben.»

Tatsächlich ist es so, dass eine weitere Studie nichts mehr bringt. Dies haben auch Chastonay und Schwestermann am Anfang gesagt. Ein Wettbewerb hingegen eröffnet durch den Einbezug verschiedener Büros einen viel grösseren Ideenpool, aus dem man die besten Pfade auswählen kann. Statt einer selbstbefruchtenden Gefälligkeitsstudie aus der eigenen Küche, käme es zu einer tatsächlich fruchtbaren Diskussion. Aber genau das möchte die CVP offenbar verhindern. Einmal mehr!

Mit Strom aus Erdgas zum Atomausstieg

Dass EWBN-Direktor Anton Schwestermann und die CVP-Stadt- und EWBN-Verwaltungsrätin Claudia Chastonay keine Freude an einem unkontrollierbaren, breiten Wettbewerb haben, hat auch mit dem Erdgas zu tun. Es ist denkbar, dass WettbewerbsteilnehmerInnen die Idee einer Gasversorgung wieder aufnehmen. Mit Erdgas kann man nicht nur Heizen, sondern auch mit Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen Strom erzeugen, und zwar mit einem sehr hohen Wirkungsgrad. Folglich ist das Erdgas eine ernsthafte Konkurrenz.

Die grosse Konkurrenz des Stroms aus Wasserkraft ist aber nicht das Erdgas, sondern der Atomstrom, der mit rund 2 Milliarden jährlich durch die Wasserkraft subventioniert wird. Ein Faktum, dass die Umweltorganisationen und die SPS schon seit Jahren predigen. Mit Erfolg!

Escher wäscht VSE-Bucher die Kappe

Kaum sitzt EWBN-Direktor Rolf Escher im Ständerat in Bern, wird er ganz aufmüpfig gegen die Atomlobby. An einem OGA-Podium hat er Anton Bucher, Direktor des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE), die Kappe gewaschen. Escher stellte sich die Frage, ob der VSE mit seiner einseitigen Atompropaganda überhaupt der richtige Verband für das EWBN sei.

Escher ist in diesem Zusammenhang gut beraten, einmal die Homepage des EWBN unter die Lupe zu nehmen. Denn diese trägt noch stark die Schwestermannsche Handschrift: Der VSE steht bei den Links prominent zu oberst, dann folgt ein Sammelsurium der Atomwirtschaft, vom AKW Leibstadt bis zur Vereinigung für Atomenergie.

Das Zentrum des CVP-Widerstands gegen einen Ideenwettbewerb.

Chronologie eines Trauerspiels: EWBN begräbt das Erdgas

- **Anfang der 70er Jahre:** Erdgasleitung durchs Wallis wird gebaut.
- **1972:** EWBN wird Aktionärin der GAZODUC SA und ist damit zuständig für die Erdgasversorgung in der Region Brig-Glis und Naters.
- **Mitte der 70er Jahre:** 350 Meter lange Gasleitung wird entlang und unter der Rhone verlegt.
- **1975–1985:** EWBN lässt Erdgas links liegen.
- **1985:** Die Erdgasversorgung wird im Rahmen des Energiekonzeptes der Region zur Diskussion gebracht.
- **1988:** Eine Studie des Berner «Instituts Bau und Energie» kommt zum Schluss, dass die Gasversorgung ab dem ersten Betriebsjahr wirtschaftlich ist. Weiterhin passiert nichts.
- **1993:** Die Technische Kommission legt eine Studie zur Gasversorgung der Region vor und kommt zum Schluss: «dass Erdgas, im heutigen Spannungsfeld zwischen Energiesparen, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit, auch für die Region Brig-Glis/Naters eine sinnvolle Ergänzungsenergie darstellt. Die Technische Kommission empfiehlt in Anbetracht der sich abzeichnenden Eigenwirtschaftlichkeit die sofortige Realisierung der Erdgasversorgung.» Auch jetzt verschwindet die Studie in den Schubladen.
- **1993:** Nach der Unwetterkatastrophe werden zur Freude der EWBN-Verantwortlichen keine Erdgasrohre in die ohnehin offenen Strassengräben gelegt.

Peter Furger, der Mann mit den unterschiedlichen Hüten

Die wundersame Wandlung vom harten Promotor zum Retter der Stationen

(eg) **– Es geschehen noch Wunder unter dem Walliser CVP-Himmel. Da wurde über Jahre in den Tourimsusregionen kräftig geklotzt, eine Fehlinvestition jagte die andere bis die Stationen in den finanziellen Abgrund stürzten. Und plötzlich tauchen die Promotoren von einst als die Sanierer von Heute auf. Der Fall Peter Furger.**

Zuerst flennte Alleskönner Peter Furger der «Regionalzeitung» die Notizblöcke voll, welche schrecklichen Dinge ihm in Leukerbad widerfahren seien. Dann stürzte sich der CVPler «herzlos» ins nächste (für ihn) lukrative Abenteuer. Diesmal will er die hochverschuldete Burgergemeinde von Zermatt retten. Nach Leukerbad der zweite touristische Sündenfall im Oberwallis. Und noch bevor sein Mandat in Zermatt vom zuständigen Burgerrat abgesegnet worden war, liess Furger sich in Deutschschweizer Wirtschaftszeitungen bereits als Hoffnungsträger feiern. Man darf sich auch ein bisschen sorgen. Denn immerhin hat ihn die UBS dort platziert.

Kredite für jede Furz-Idee

Auf regionalpolitische Befindlichkeiten hat auch diese Grossbank in den letzten Jahren wenig Rücksicht genommen. Zuerst wurde das Tourismus-Geschäft mit einer masslosen Kreditpolitik tüchtig angeheizt. Jede Furz-Idee wurde finanziert. Elegant wurden auch die Gesetze umschifft, wie das Beispiel in Leukerbad zeigt. Als die Stationen hochverschuldet dastanden vollzogen die Bankiers plötzlich eine 180 Grad Kehrwendung. In dieses Schema passt auch der Visper CVP-Rechtsaussen Peter Furger. Anfangs der achtziger Jahre war Furger im Oberwallis der grösste Antreiber von überissenen skitouristischen Grossprojekten. Wären seine diversen Pläne wie beispielsweise das Sidelhorn-Projekt im Obergoms tatsächlich umgesetzt worden, stünden heute noch ein paar Stationen mehr vor einem Scherbenhaufen. Heute lässt sich Furger überall als grosser Sanierer feiern.

Permanent in einem Interessenkonflikt

Schamlos kassiert er dabei nach allen Seiten ab. Möglich wird dies, weil Furger viele unterschiedliche Hüte trägt. In Leukerbad war er zum Beispiel deswegen in einem permanenten Interessenkonflikt zwischen seiner Funktion als Präsident der verschiedenen Betriebsgesellschaften der Gruppe Leukerbad und seinem Mandat als Bankrat der Walliser Kantonalbank (WKB) – einer Gläubigerbank. Furger legte in der Anfangsphase auch für Leukerbad einen globalen Sanierungsplan vor. Laut Experten hätte dieser die bereits gewaltige Verschuldung von Leukerbad um weitere 31 Millionen Franken hochgetrieben. Mitinvolvierte wie der Chef der Schweizerischen Emissionszentrale sprechen in diesem Zusammenhang inzwischen sogar von einer Gaunerei. Furger wird vor allem vorgeworfen, hauptsächlich die Interessen der Banken vertreten zu haben. Obwohl er in der Anfangsphase Generalvollmachten über die Gemeindefinanzen besass und für diese demnach auch verantwortlich war. Der Kanton setzte deshalb auf Druck der Öffentlichkeit drei auswärtige Kommissäre ein. Furger musste sich mit der Rolle als Sanierer der Betriebsgesellschaften begnügen.

Diffuse Rolle in Leukerbad ist vergessen

Diese öffentliche Desavouierung hat der Visper bis heute nicht verdaut: Bei jeder Gelegenheit kritisiert heute Furger die damaligen Entscheidungen. Umgekehrt preist er rundum seinen Sanierungsplan als das Gelbe vom Ei an. Furger scheint seine damals recht diffuse Rolle im Bäderdorf vergessen zu haben. Tatsächlich war der CVP-Hardliner aus Visp nie ein unabhängiger Experte. Otto G. Loretan holte seinen Visper Parteifreund lange bevor der Millionenschlammassel offiziell wurde ins Bäderdorf. Dort sollte er die Gemeinde und die angegliederte Betriebe reorganisieren. Als sich anfangs 1998 das Finanzloch nicht mehr vertuschen liess, mutierte Furger über Nacht zum Sanierer und Retter der Station. Bei seinen Bemühungen ging es in erster Linie darum, die Position von CVP-Copain Otto G. Loretan zu retten. Am Deutlichsten kam dies bei der Pressekonferenz im Juni 98 zum Ausdruck, als der Schuldenberg erstmals öffentlich eingestanden wurde.

Über Jahre sinnvolle Projekte verhindert

Die öffentlichen Finanzen kommen Furgers Engagments zudem selten gut. Peter Furger plante nicht nur Überkapazitäten in den Stationen. Er bastelte auch an den Plänen für die Durchquerung der Autobahn durch Visp und blockierte damit über Jahre eine sinnvollere Lösung im Süden. Seine Autobahn-Politik kostete die Steuerzahler am Ende zwischen 20 und 30 Millionen Franken an Planungskosten. Ein Teil davon floss in Furgers Taschen. Seine Autobahn-Politik wurde ihm schlussendlich politisch zum Verhängnis: Bei den Staatsratswahlen von 1997 erlitt er gegen den SP Herausforderer Peter Bodenmann eine historische Schlappe.

Jetzt also sollen den Zermattern Furgers Pläne auf die Beine helfen. Ein Gewinner steht schon jetzt fest: **Peter Furger.**

Der Schein trügt.

Die offenen Karten des UBS Bankiers Markus Bayard:

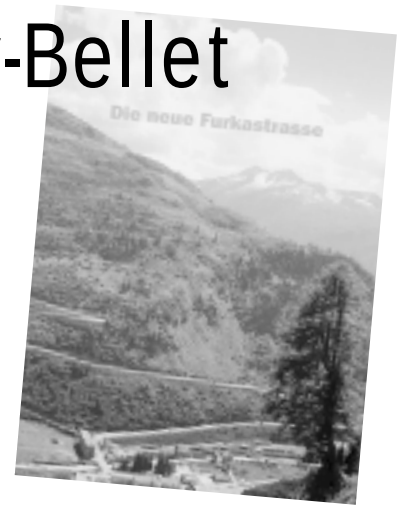
Wird Bayard der neue Badnerkönig?

(eg) **– Der ehemalige UBS-Bänkler und Kreditgeber Markus Bayard mischt kräftig in der Konkursmasse verschiedene Objekte in Leukerbad. Der stellvertretende WB-Chefredaktor Luzius Theler bezeichnet ihn als Mann, der früher zum «goldenen Kleeblatt» um den Leukerbadner Gemeindepräsidenten Otto G. Loretan zählte. Gegenüber dem Walliser Boten erklärte Bayard, er spiele mit offenen Karten und hätte nichts zu verstecken. Zudem gab er öffentlich zu Protokoll: «Ab dem Jahr 1989/90 brach ich alle Geschäftsbeziehungen auch als Bankier mit der Gruppe Leukerbad ab. Ich ging damals nach Visp. Mit Otto G. Loretan persönlich habe ich zu keinem Zeitpunkt und weder als Bankier noch privat Geschäfte gemacht.» Nach aussen sei das damals nicht sichtbar geworden, weil er als Bankier zur Verschwiegenheit verpflichtet gewesen sei.**

Breite Kreise in Leukerbad nehmen das dem ehemaligen Bankier nicht ab. Für sie hat Bayard sehr wohl Geschäfte mit Otto G. betrieben. Sie verweisen auf einen Auszug aus dem Handelsregisters des kantonalen Amtsblattes vom 13. August 1999. In diesem Auszug steht schwarz auf weiss, dass Otto G. Loretan als einziges Mitglied des Verwaltungsrates aus der Paracelsus Apotheke Leukerbad AG ausgeschieden sei. Als neues und einziges Mitglied des Verwaltungsrates der Paracelsus AG mit Einzelunterschied ist Markus Bayard von Eischoll, in Leukerbad aufgeführt. Eben genau dieser Markus Bayard, der gegenüber dem WB erklärte, seit 1989 keine Geschäfte mehr mit Otto G. Loretan gemacht zu haben. In Leukerbad geht neuerdings der Spruch um: «Der König ist tot – es lebe der König».

Wohl bekomm's auf der Furka

Die Betriebsausfahrt von Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet



(eg) **– Mit dem Näherrücken der Wahlen mehren sich die Medienauftritte der Staatsräte. Einen der besonderen Sorte inszeniert demnächst Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet. Ort des Geschehens ist der Furkapass und Grund des Anlasses die angebliche Neueröffnung der Furkastrasse, obwohl diese Strasse nie geschlossen war. Es handelt sich auch gar nicht um eine Neueröffnung.**

Der Grund für den Feiertag von Rey-Bellet sind die Ausbauarbeiten an der Furkastrasse auf Walliserseite, die seit den sechziger Jahren im Gange sind. Diese Arbeiten werden just auf diesen Herbst beendet. Und weil der Furkapass über die Wintermonate geschlossen ist und erst nach den Staatsratswahlen wieder geöffnet wird, sollen demnächst die Gläser klingen und die farbigen Bänder durchschnitten werden. Ein Blick auf die Gästeliste, die der Medieneinladung von Staatsrat Rey-Bellet zur ominösen Strasseneröffnung beilag, zeigt, dass auf der Passstrasse nicht nur strassenseits mit der grossen Kelle angerichtet wird. An die hundert Gäste sind geladen. Nebst sämtlicher Politprominenz finden sich auf der Gästliste so illustre Namen wie denjenigen von Alt-Staatsrat Franz Steiner oder Kurt Suter, der legendäre Alt-Direktor des Bundesamtes für Strassenbau. Und im zuständigen Departement scheint an diesem Feiertag niemand anwesend zu sein. Die «Rote Anneliese» wünscht allen Beamten aus dem Departement Rey-Bellet auf dem Furkapass einen erholsamen Tag.

Allen voran A. Fournier, Dienstchef DVBU Sion; J. Zimmermann, Amtschef, Sion; M. Pralong, Sektionschef, Sion; A. Riquen, Sektionschef, Sion; H. Lattion, Chef Logistik, Sion; M. Prim, Ingenieur, Sion; Ch. Pernet, Ingenieur, Sion; Ch. Favre, Expropriationen, Sion; R. Crettaz, Chef Administratif, Sion; G. Lambiel, Buchhaltung, Sion; J. Burgener, Sektionschef, Brig-Glis; M. Fux, Strassenmeister Kreis 7; Brig-Glis; H. Stoffel, Bauleiter, Brig-Glis; Ch. Grand Ing. HTL, Brig-Glis; A. Bregy; Bauleiter, Brig-Glis; E. Imhof, Signalisationskommission, Brig-Glis; A. Escher, Sekretariat, Brig-Glis; P. Thenen, Sekretariat, Brig-Glis; N. Carlen, Kreisförster 1, DWL, Brig-Glis; Ch. Schwarzen, Sektionschef A9, Brig-Glis; M. Page, Ingenieur, A9, Brig-Glis und B.Schwery, Sektionschef A9, Sion. Der Arbeitsausfall dieser Beamten für den Feiertag auf der Furka kostet den Steuerzahler gegen 10 000 Franken. **Trotzdem: Prosit!**

Gelten Umweltvorschriften auch für die Bauunternehmer?

Albin Weger Söhne AG verbrennt illegal Bauabfälle

(ktm) **– Die Bauunternehmung Albin Weger Söhne AG verbrennt auf ihrem Baudepot in Geschinen ihre Bauabfälle. Diese Verbrennungen sind laut Luftreinhalteverordnung, laut Technischer Verordnung über Abfälle, laut kantonalem Dekret und laut kommunalem Kehrrichtreglement streng verboten.**

Am Freitag, den 21. Juli 2000 über Mittag, stieg dicker Rauch aus dem Baudepot der Firma Albin Weger Söhne AG auf und verteilte sich über dem nahegelegenen Dorf Geschinen. Der penetrante Rauchgeschmack und die dunkle Farbe deutete darauf hin, dass es sich um eine Verbrennung von chemisch behandeltem Altholz und von Kunststoffen handelte. Auf ihrem Baudepot zwischen Geschinen und Ulrichen hat sich die Baufirma Albin Weger Söhne AG in diesem Sommer sozusagen ihre firmeneigene «Kehrichtverbrennungsanlage» eingerichtet, und zwar in einem für diesen Zweck «umgebauten» alten Öltank *(siehe Bilder)*. Weitere Verbrennungen von Bauabfällen fanden nachweislich am späteren Nachmittag des 25. Juli, in der Woche vom 7. bis 13. August, am 23. August und am 26. August statt.

Klare Vorschriften

Die rechtliche Lage ist klar. Im kantonalen Dekret aus dem Jahre 1990 steht unter Art. 18, Punkt 1: «Die Verbrennung von Abfällen im Freien oder in Anlagen, die nicht für diesen Zweck vorgesehen sind, ist im ganzen Kanton verboten.» Diese Forderung wiederholt sich in jedem kommunalen Polizei- und Kehrrichtreglement. Auch die Umweltgesetze des Bundes sprechen eine klare Sprache. In der Luftreinhalteverordnung (Art. 26a Abs. 1) aus dem Jahre 1992 ist vorgeschrieben, dass behandeltes Altholz, Plastik, Papier, Karton und andere Abfälle nur in dafür geeigneten Anlagen verbrannt werden darf. Und in der «Technischen Verordnung über Abfälle» (TVA, 1996) heisst es unter Art. 9, dass brennbare Bauabfälle aussortiert werden müssen. Die Kantone sorgen gemäss Art. 11, TVA, dass «die brennbaren Anteile von Bauabfällen und andere brennbare Abfälle in geeigneten Anlagen verbrannt werden.» Gemäss kantonalem Dekret schiebt der Kanton die Kontrolle den Gemeinden zu.

Bauabfälle stehen zur Verbrennung bereit.

Die Überreste der illegalen Verbrennung.

Millionenschwere Bauaufträge im Umweltschutz

Durch die Verbrennung von chemisch behandeltem Bauholz und von Kunststoffen werden grosse Mengen von hochgiftigen Dioxinen (Seveso-Gift) und Furanen ausgestossen; im Vergleich zur Verbrennung in einer KVA hundert- bis tausendmal mehr. Dioxine und Furane gehören zu den giftigsten organischen Verbindungen überhaupt. Deshalb sind die privaten Haushalte und die Bauunternehmer zurecht gezwungen, ihre Abfälle gebührenpflichtig zu entsorgen. In der KVA Gamsen können diese Abfälle dank modernster Technologie umweltschonend verbrannt werden. Dass sich die Baufirma Albin Weger Söhne AG nicht daran hält, ist umso bedenklicher als sie selbst millionenteure Bauaufträge ausführt, welche aufgrund der Umweltschutzgesetzgebung erstellt werden und welche zu hundert Prozent von der öffentlichen Hand subventioniert werden (z.B. ARA-Erweiterung Goms).

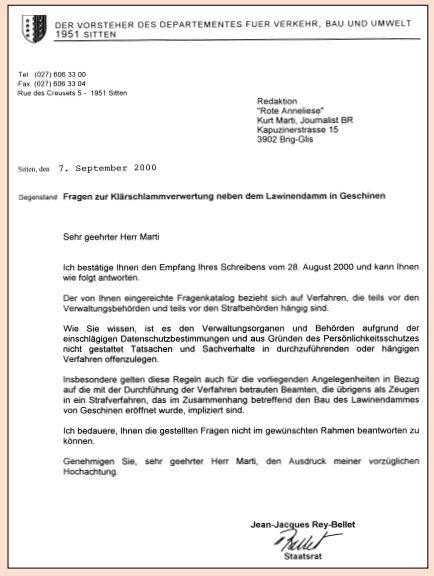
Gemeindepräsident Louis Müller sah am Samstag, 26. August, Rauch aus dem Baudepot der Firma Albin Weger Söhne AG aufsteigen: «Es hat noch leicht gebrannt.» Müller ist nicht gewillt, diese illegalen Verbrennungen weiter zu tolerieren. «Beim nächsten Mal fahren wir mit der Feuerwehr ein.» Schon vor rund zwei Jahren habe die Baufirma Albin Weger Söhne Bauabfälle verbrannt. «Die Gemeinde hat damals die Bauunternehmung Albin Weger Söhne AG in einem Brief darauf hingewiesen, dass das verboten ist.»

Klärschlammverwertung in Geschinen:

Straf- und Verwaltungsverfahren im Gang

Die «Rote Anneliese» hat in Sachen Klärschlammaffäre Geschinen Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet die folgenden acht Fragen gestellt:

1. *Hat der Kanton die Klärschlammverwertung in Geschinen nachträglich bewilligt?*
2. *Falls ja, sind Sie der Ansicht, dass es richtig ist, den Klärschlamm ohne Konsultation des Geschiner Gemeinderates und der Biobauern sowie gegen den ausdrücklichen Willen der Dorfbevölkerung, des Gemeinderates und der Biobauern zu verwenden?*
3. *Ist es sinnvoll, den Bio-Bauern im Goms extensiv genutzes Wiesland zu entziehen, statt gemäss neuer Landwirtschaftspolitik des Bundes diesen Trend vermehrt zu fördern?*
4. *Welche Sanktionen wurden gegen die ARA Goms und die Baufirma Albin Weger Söhne AG aufgrund der Verstösse gegen die Umweltvorschriften angeordnet? Wurde eine Untersuchung eingeleitet? Mit welchen Resultaten?*
5. *Welche Vorschriften muss die Baufirma Weger bei der Rekultivierung mit Klärschlamm konkret einhalten? Werden diese zur Zeit eingehalten?*
6. *Falls der Kanton die Klärschlammverwendung bewilligt hat, welches Ingenieurbüro begleitet und kontrolliert die Rekultivierung mit Klärschlamm? Hat das Ingenieurbüro die erforderlichen Fachkenntnisse gemäss Art. 24 der Stoffverordnung?*
7. *Hat die ARA Goms nachträglich ein korrektes Gesuch eingereicht?*
8. *Was wurde im Fall Lax/Ebnet unternommen? Wurden die Verantwortlichen gebüsst und der alte Zustand wiederhergestellt, wie Sie dies im Grossen Rat am 9. Februar 2000 gefordert haben?*



DER VORSTEHER DES DEPARTEMENTES FUER VERKEHR, BAU UND UMWELT
1951 SITTEN

Tel (027) 606 33 00
Fax (027) 606 33 04
Rue des Creusets 5 - 1951 Sitten

Redaktion
"Rote Anneliese"
Kurt Marti, Journalist BR
Kapuzinerstrasse 15
3902 Brig-Glis

Sitten, den 7. September 2000

Gegenstand **Fragen zur Klärschlammverwertung neben dem Lawinendamm in Geschinen**

Sehr geehrter Herr Marti

Ich bestätige Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 28. August 2000 und kann Ihnen wie folgt antworten.

Der von Ihnen eingereichte Fragenkatalog bezieht sich auf Verfahren, die teils vor den Verwaltungsbehörden und teils vor den Strafbehörden hängig sind.

Wie Sie wissen, ist es den Verwaltungsorganen und Behörden aufgrund der einschlägigen Datenschutzbestimmungen und aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht gestattet Tatsachen und Sachverhalte in durchzuführenden oder hängigen Verfahren offenzulegen.

Insbesondere gelten diese Regeln auch für die vorliegenden Angelegenheiten in Bezug auf die mit der Durchführung der Verfahren betrauten Beamten, die übrigens als Zeugen in ein Strafverfahren, das im Zusammenhang betreffend den Bau des Lawinendammes von Geschinen eröffnet wurde, impliziert sind.

Ich bedauere, Ihnen die gestellten Fragen nicht im gewünschten Rahmen beantworten zu können.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Marti, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Jean-Jacques Rey-Bellet
Staatsrat

Staatsrat Rey-Bellet muss aus Datenschutzgründen (noch) schweigen. Der Ausgang des Strafverfahrens (Ehrverletzungsklage gegen RA-Redaktor Kurt Marti) und des Verwaltungsverfahren wird zeigen, ob die Walliser Justiz funktioniert oder ob einmal mehr ein politisches Urteil gefällt wird.

Massnahmen gegen illegales Bauen ausserhalb der Bauzonen

Professor Jean-Baptiste Zuffrey verlangt massiv höhere Bussen und eine funktionierende Baupolizei

Für die illegale Planierung der Panorama-Piste der Fiesch-Eggishorn-Bahnen läuft zur Zeit das Nachvollzugsverfahren. Der Umweltbericht wurde von Jules Aufdereggen erstellt, der gleichzeitig in der Baukommission sitzt. Mit der Professionalisierung der Baukommission ist damit in Zukunft Schluss.

(ktm) **– Illegales Bauen ausserhalb der Bauzonen ist im Wallis zu einem Volkssport geworden. Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet und Chefjurist Josef Zimmermann haben bisher das Problem immer heruntergespielt. Jetzt fordert der Freiburger Rechtsprofessor Jean-Baptiste Zuffrey eine Revision des Baugesetzes aus dem Jahre 1997, massiv höhere Bussen, eine funktionierende Baupolizei und eine professionelle Baukommission.**

Wenn in den letzten drei Jahren die «Rote Anneliese» zusammen mit dem WWF und den SP-Grossräten die Rechtsverwilderung inbezug auf die Bauten ausserhalb der Bauzonen anprangerte, reagierten die Vertreter des Kantons mit Abwehr. Josef Zimmermann, Chefjurist im Baudepartement und Mitglied der Baukommission, erklärte noch im letzten Jahr gegenüber der «Roten Anneliese» (Nr. 160) dies seien «leere Behauptungen» und «fürchterliche Irrtümer.» Und Staatsrat Rey-Bellet behauptete letzten Mai im Grossen Rat: «Die kantonale Baukommission (KBK) und das mit der Baupolizei beauftragte Sekretariat der KBK sind nicht inaktiv. Im Gegenteil!» Es gebe «keinen Laxismus.»

Rey-Bellet: «Eine praktische Katastrophe»

In seinem Expertenbericht bestätigt der Freiburger Rechtsprofessor Jean-Baptiste Zuffrey nun die Kritik der «Roten Anneliese» und des WWF. Auch Staatsrat Rey-Bellet musste an einer Kommissionssitzung zum Bericht Zuffrey zähneknirschend zugeben, dass «die aktuelle Situation unbefriedigend und eine Veränderung notwendig ist. Der Artikel 49 des Baugesetzes *(behandelt die Aufgaben der Baupolizei, Anm. d. Red.)* ist eine praktische Katastrophe.»

Auf Druck der Umweltverbände hat der Staatsrat im Hinblick auf die Olympiakandidatur den Rechtsprofessor Zuffrey beauftragt, Vorschläge für eine bessere Einhaltung des Baugesetzes ausserhalb der Bauzonen zu liefern. Seit vergangenen April ist Staatsrat Rey-Bellet im Besitz des Berichtes und hat eine Kommission einberufen, welche dem Staatsrat aufgrund des Berichtes Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorlegen soll. Insgesamt schlägt Zuffrey 30 Verbesserungen vor. Im Zentrum stehen dabei seine Forderungen nach massiv höheren Bussen, mehr Personal bei der kantonalen und kommunalen Baupolizei und einer Professionalisierung der Baukommission.

Massiv höhere Bussen

Im Baugesetz sind Bussen von minimal 100 bis maximal 100 000 Franken vorgesehen. Laut Zuffrey ist dadurch die abschreckende Wirkung nicht gegeben. Weil es sich um Rechtsverletzungen handle, welche keine unmittelbare Gefahr bedeuten, würden die Strafbehörden mit den Bussen gegen das Minimum tendieren. Damit bestätigt Zuffrey implizit, dass die Bussen meistens rein symbolischer Art sind. Zimmermann hatte gegenüber der «Roten Anneliese» behauptet: «Es gibt keine symbolischen Bussen.» Zuffrey schlägt fixe Beträge für bestimmte Rechtsverletzungen vor, zum Beispiel 5000 Franken für eine fehlende Bewilligung. Jeder Bürger müsse zum voraus wissen, was er für eine bestimmte Rechtsverletzung zu erwarten habe. Ebenfalls die Maxima der Bussen will Zuffrey «massiv erhöhen». Zudem schlägt Zuffrey neben der strafrechtlichen die Einführung einer administrativen Geldbusse vor.

Gemeinden haben keine Meldepflicht

Innerhalb der Bauzonen sind die Gemeinden für die Baubewilligung zuständig, ausserhalb der Bauzonen die kantonale Baukommission. Zuffrey macht dieses «hybride System» für die Missstände ausserhalb der Bauzonen verantwortlich. Durch die unklare Abgrenzung der Kompetenzen entstehe ein Freiraum zwischen Kanton und Gemeinde, besonders wenn die Gemeinden ihre Polizeiaufgaben nicht vorschriftsmässig erfüllen. Zuffrey ortet dabei eine gravierende Lücke im Baugesetz, das die Gemeinden nicht verpflichte, dem Kanton Bauten ohne Bewilligung dem Kanton zu melden. Die Gemeinden müssen die kantonale Baukommission bloss über die Nichteinhaltung der erteilten Baubewilligung und über den Schluss der Bauarbeiten informieren.

Mickrige Baupolizei mit 3,5 Stellen

Ebenfalls die Kantonale Baukommission und die Baupolizei hat laut Expertenbericht nicht die Mittel, um ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Es sei «undenkbar» dass die kantonale Baupolizei mit nur 3,5 Stellen ein so grosses Gebiet wie den Kanton Wallis kontrollieren könne. Auch die Baukommission sei ungenügend dotiert. Eine solche Aufgabe benötige «eine professionelle und permanente Organisation.» Zudem fügt Zuffrey ein Walliser Kuriosum an: Das Bausekretariat mit der Baupolizei ist Teil der Verwaltung, die Baukommission steht ausserhalb der Verwaltung und setzt sich aus Vertretern der Baubranche zusammen. Eine solche Bastelei gibt es in keinem anderen Kanton.

Die Forderungen Zuffreys sind klar:

- Die Baupolizei muss genügend Personal erhalten
- Die Baukommission muss professionalisiert und in die Verwaltung eingegliedert werden
- Die Gemeinden müssen verpflichtet sein, illegale Bauten an die Baukommission zu melden.
- Die Gemeinden müssen Fachpersonal bekommen, welche die Kontrolle auf dem gesamten Gemeindeterritorium gewährleisten. Dafür schliessen sich die Gemeinden am besten zusammen und schaffen gemeinsame Strukturen. Die Kosten soll der Kanton übernehmen.

Teuere Nachhilfestunden

Das Baugesetz ist erst seit 1. Januar 1997 in Kraft und muss nun in den genannten Punkten schon revidiert werden. Diese Sonderübung mit teueren Expertenberichten und einem Schaden für das Image für das Wallis hätte vermieden werden können, hätte der Grosse Rat die Kritik aus den Reihen der SP ernstgenommen. Vor allem der SP-Grossrat Henri Carron hatte mehrmals auf die unklare Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton und auf die fehlenden Mittel der Gemeinden und der Baukommission zum Vollzug des Baugesetzes verwiesen. Selbst Vorschläge, welche er zusammen mit dem Kantonsarchitekten eingebracht hatte, schlugen die CVP- und CSP-VertreterInnen in den Wind und sangen das hohe Lied der Gemeindeautonomie. Auch der heutige Staatsrat Rey-Bellet war im schwarzgelben Chor. Jetzt muss er die Gesetzesrevision und die Umstrukturierung der Baukommission rasch in die Wege leiten. Ein Schritt ist schon gemacht: Der Rücktritt des Chefjuristen Josef Zimmermann auf Ende Jahr!

Die Zivilgesellschaft als Ort radikaler Veränderungen
Antonio Gramsci

(he) **– Antonio Gramsci schrieb während seiner elfjährigen Kerkerhaft unter Mussolini die berühmten Gefängnishefte, in denen er die Existenz und Funktion der Zivilgesellschaft ausarbeitete. Er hat die Machtmechanismen und Spielregeln in den entwickelten kapitalistischen Ländern analysiert und die Rolle der Kultur im politischen Kampf neu definiert.**

Antonio Gramsci (1891–1937) war Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens und ist mit den «Quaderni del Carcere» berühmt geworden.

In Italien hat nach dem Marsch auf Rom am 28. Oktober 1922 der Faschist Mussolini die Macht an sich gerissen. Gramsci befindet sich zu dieser Zeit als Mitglied der Exekutive der Internationalen in Moskau. Ein Jahr später zieht er nach Wien um. Am 6. April 1924 wird er in einem venezianischen Wahlkreis zum Abgeordneten gewählt. Er kehrt nach Italien zurück und nimmt, nebst der Parteiarbeit, an den Parlamentssitzungen teil. Nach dem Attentat auf Mussolini erreicht die Repression gegen oppositionelle Gruppierungen in Italien einen Höhepunkt. Trotz parlamentarischer Immunität wird Gramsci am 8. November 1926 mit anderen Führern der KPI in Rom verhaftet. Er wird in einem ersten Verfahren zu fünf Jahren Verbannung verurteilt und auf die Insel Ustica, einer kleinen Insel von acht Quadratkilometern, gebracht. Am 28. Mai 1928 beginnt das «Spezielle Gericht für den Schutz des Staates» seine Arbeit. Von diesem wird Gramsci erneut verurteilt. – diesmal zu zwanzig Jahren, vier Monaten und fünf Tagen. Nach zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis gewährt man Gramsci endlich seine Arbeitsmittel: Bücher, Tinte, Feder und Papier.

Gramscis Hauptwerk – die Gefängnishefte

Während der Zeit im Gefängnis sind diejenigen Schriften entstanden, die als sein Hauptwerk gelten: die «Quaderni del Carcere» – 29 Hefte, in die er Notizen zu verschiedensten Themen eintrug, die ihn beschäftigten und die er später in ausführlicher Form bearbeiten wollte. Die Gefängnishefte, die er zwischen 1929 und 1935 geschrieben hat, sind Aussagen, die für spätere Publikationen gedacht waren. Es sind Annäherungen, die eher Denkprozesse als ein geschlossenes System wiedergeben. In den Gefängnisheften entwickelte er auch die «Philosophie der Praxis». Er war überzeugt, dass die Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse nur durch die Veränderung des menschlichen Bewusstseins möglich sei.

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft

Die grundlegende Bedeutung von Gramscis Begriff der Zivilgesellschaft liegt darin, dass er die Machtmechanismen und die Spielregeln in den entwickelten kapitalistischen Ländern herausgearbeitet hat. Er verstand die Zivilgesellschaft als einen integralen Bestandteil des Staates. In einem Staat drängt zwar zunächst einmal das Politische in den Vordergrund. Trotzdem stehen sich Staat und Zivilgesellschaft keineswegs feindlich gegenüber. Die Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft ermöglicht bestimmten Gesellschaftsschichten, innerhalb des Staates die herrschende Rolle zu übernehmen und zu bewahren. Gramsci schreibt in den Gefängnisheften: «Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und galertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewahrte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchen sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand…» Mit anderen Worten: Die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas konnten die revolutionäre Nachkriegskrise überstehen, weil sie sich nicht nur auf den Staat stützen konnten, sondern weil sie eine ausserstaatliche Sphäre entwickelt haben, deren Hauptfunktion es ist, den Konsens der Unterdrückten mit den Werten der herrschenden Klasse zu gewährleisten.

Schützengräben und Befestigungen

In den Gefängnisheften beschreibt Gramsci, wie die ideologische Struktur der Zivilgesellschaft analysiert werden muss. Ganz oben auf seiner Liste plaziert er den «dynamischsten Teil»: nämlich die Presse. Sie ist allerdings nicht der einzige. «All das, was die öffentliche Meinung direkt oder indirekt beeinflusst oder beeinflussen kann, gehört zu ihr: die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs unterschiedlicher Art, bis hin zur Architektur, zur Anlage der Strassen und zu den Namen derselben. Die Stellung, welche die Kirche in der modernen Gesellschaft bewahrt hat, liesse sich nicht erklären, wüsste man nichts von den täglichen und geduldigen Anstrengungen, die sie macht, um fortwährend ihren besonderen Abschnitt in dieser materiellen Struktur der Ideologie zu entwickeln.» Was kann diesem Komplex von Befestigungen und Schützengräben entgegengesetzt werden? Für Gramsci ist es der «Geist der Abspaltung, das heisst der fortschreitende Erwerb des Bewusstseins der eigenen geschichtlichen Persönlichkeit, ein Geist der Abspaltung, der bestrebt sein muss, sich von der protagonistischen Klasse auf die potentiellen verbündeten Klassen auszuweiten.»

Wandmalerei auf einem Platz in Orgosolo, Sardinien im August 1978.

Alltagsverstand

Gramsci geht in seinen Überlegungen davon aus, dass Zwang und Unterdrückung nicht die einzigen und auch nicht unbedingt die effektivsten Mittel der gesellschaftlichen Kontrolle sind. Der Konsens wird mittels äusserst komplexer Prozesse hergestellt. Gramsci betont nachdrücklich, sich kritisch mit dem sogenannten «Alltagsverstand» auseinanderzusetzen. Hier ist die konkrete Ebene, in der sich die bürgerliche Hegemonie kommunikativ-praktisch ins Leben der Menschen umsetzt. Deshalb muss hier angesetzt werden, um durch eine emanzipatorische Gegenpraxis die bürgerliche Hegemonie anzugreifen.

Was sind die Gründe für die Stabilität der bürgerlichen Herrschaft? Eine der Hauptquellen sieht Gransci in der Vorstellung, dass ein idealer Staat nur durch die stetige Verbesserung des gegenwärtigen Systems zu erreichen sei. Auch wenn der Staat vom Bürgertum kontrolliert wird, eröffnet er der arbeitenden Bevölkerung einen gesellschaftlichen Bereich, indem sie sich organisieren kann. Nach Gramsci hindert der «Alltagsverstand» die Leute daran, den Status quo aus dem Gleichgewicht zu bringen. Er lässt sie vor den Unsicherheiten zurückschrecken, die einen Wandel begleiten.

Alternative Mentalität

Gramscis Methode führte zu einer Neubewertung des Kulturellen in der politischen Auseinandersetzung. Das kulturelle Moment verschränkt sich in Gramscis Theorie mit dem politischen Projekt der Veränderung ungerechter Verhältnisse. Der Eroberung des Staates muss zuerst die Hegemonie innerhalb der Zivilgesellschaft vorangehen. Da seiner Ansicht nach eine zweite Oktoberrevolution im Westen nicht möglich ist, müssen neue Formen des revolutionären Wandels gesucht werden. Für Gramsci besteht revolutionäres Handeln darin, auf breiter Basis und mit einem theoretisch ausgearbeiteten Instrumentarium eine alternative Mentalität zu entwickeln. Ein derartiges Handeln kann nur in der Zivilgesellschaft durchgesetzt werden. Die Räume, die ausserhalb von Exekutive, Legislative und Rechtssprechung liegen, müssen deshalb erweitert werden. Denn die Zivilgesellschaft ist die Arena, in der die herrschende Klasse ihre Macht mit nicht gewaltsamen Mitteln fortwährend zu verstärken sucht.

Revolutionäres Vorbild

Gramsci wurde am 22. Januar 1891 in Ales (Cagliari) auf Sardinien geboren. Er besuchte die Schule in Ghilarza und absolvierte bis 1911 das Gymnasium. Ein Stipendium, das er gewinnt, ermöglicht ihm ein Studium. Im Herbst 1911 reist er nach Turin und schreibt sich an der Fakultät für Literatur ein.

Die ersten Jahre in Turin lebt Gramsci zurückgezogen und widmet sich seinen Studien, geplagt von finanziellen Nöten. Zwar hat er Kontakt zur sozialistischen Bewegung von Turin, aber erst im Winter 1913 beginnen sie enger zu werden. In diese Zeit fällt auch sein Beitritt zur Sozialistischen Partei (PSI). Im Frühjahr 1915 gibt er die Studien auf. Vorher schon, am 31. Oktober 1914 war sein erster Artikel erschienen. Dies bedeutete der Beginn einer journalistischen Tätigkeit, die bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1926 anhalten sollte. Die Zeitungsartikel sind, mit wenigen Ausnahmen, die einzigen Dokumente, anhand derer man die Entwicklung seines Denkens verfolgen kann, denn Gramsci schrieb und veröffentlichte in dieser Zeit keine Bücher.

1919 gründete Gramsci mit einigen Gleichgesinnten (Togliatti, Tasca) die Wochenzeitschrift «Ordine Nuovo». Sie wird zum Sprachrohr der kommunistischen Fraktion innerhalb des PSI, jener Fraktion, aus der später die kommunistische Partei hervorgehen sollte.

1920 kommt es zu jenem Ereignis, das in mancher Hinsicht eines der entscheidenden der Zwischenkriegszeit in Italien ist: die Besetzung der Fabriken durch die Metallarbeiter. Die Kontroverse, die von Lohnforderungen ausgegangen war, hatte mit der Besetzung der Fabriken eine Dimension angenommen, die das ganze politische System bedrohte. Die Fabrikbesetzungen enden jedoch nicht wie Gramsci gehofft hatte mit der radikalen Veränderung der politischen Gesellschaft. In einer Abstimmung sprachen sich die Arbeiter für die zugesprochenen Lohnerhöhungen und gegen die Durchsetzung politischer Forderungen aus. Der immer grösser werdende Konflikt in der PSI veranlasst die kommunistische Fraktion 1921 die Kommunistische Partei Italiens zu gründen. Gramsci wird Mitglied des ersten Zentralkomitees der neuen Partei.

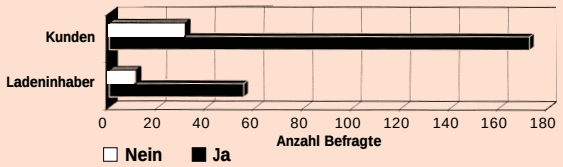
Unter Mussolinis faschistischer Herrschaft wird Gramsci verhaftet. Nach elfjähriger Haft wird er am 21. April 1937 freigelassen. Nur wenige Tage später – am 27. April – stirbt er infolge einer Gehirnblutung im Alter von 46 Jahren. Gramsci wurde für viele zu einem revolutionären Vorbild, weil er das Projekt einer radikalen politischen Veränderung nie aufgegeben hatte. Sein Grab im «Englischen Friedhof» von Rom ist seit Ende des Krieges Pilgerziel zahlreicher Vertreter.

Deutliche Umfrageergebnisse: Mit den Ladenöffnungszeiten zufrieden!

Jetzt muss der Grosse Rat handeln!

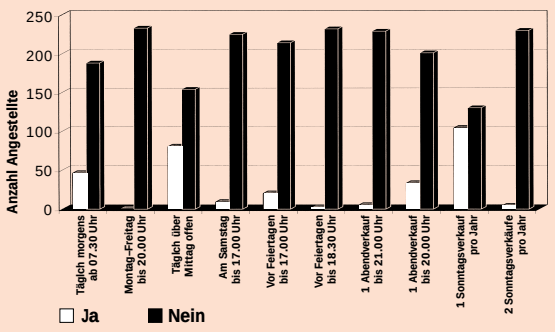
(eg) **– Eine Umfrage der Gewerkschaft GBI-unia beweist es jetzt schwarz auf weiss: der Grossteil der Kundinnen und Kunden sind zufrieden mit den bestehenden Ladenöffnungszeiten. Nicht einmal die Geschäftsleute können sich für die Ausdehnung der Öffnungszeiten begeistern. Damit ist die von einigen Geschäftsleuten verbreitete Meinung nach der totalen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten widerlegt. Gespannt darf man jetzt darauf sein, ob der Staatsrat und der Grosse Rat bei den Beratungen zur kantonalen Ladenöffnungs-Regelung den Volkswillen respektiert oder ob sich die wilden Deregulierer durchsetzen. Die «Rote Anneliese» veröffentlicht die wichtigsten Umfrageergebnisse im Detail, damit auch die Mitglieder des Grossen Rates im Bilde sind, wie der Grossteil der Bevölkerung denkt.**

Über 80 % der Geschäftsinhaber und der KundInnen sind mit den geltenden Ladenöffnungszeiten zufrieden



Auf die Frage *«Sind Sie mit den geltenden Ladenöffnungszeiten zufrieden?»* antworteten 83 % der Ladeninhaber und 85 % der KundInnen mit JA.

Eine überaus grosse Mehrheit des Personals will nichts wissen von längeren Öffnungszeiten am Abend oder Sonntagsverkäufen

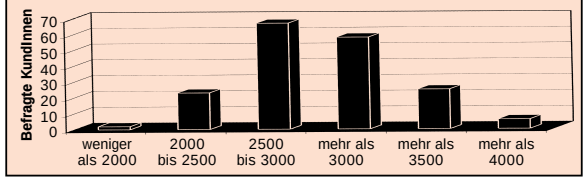


Öffnungszeiten am Samstag bis 17.00 Uhr oder Abendverkäufe bis 21.00 Uhr werden vom Personal kategorisch abgelehnt. Dasselbe gilt für mehr als einen Sonntagsverkauf.

Die Alternative zu 17.00 Uhr: Personal und KundInnen sind dafür, dass die Geschäfte am Samstag durchgehend von 08.00 Uhr bis 14.00 Uhr offen sind

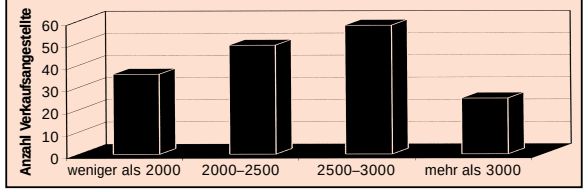
Auf die Frage *«Würden Sie eine am Samstag durchgehende Öffnungszeit von 08.00 Uhr bis 14.00 Uhr befürworten?»* antworteten die Verkaufsangestellten mit 93 % JA und die KundInnen mit 64 % JA.

Die Hälfte der KundInnen meint fälschlicherweise, dass VerkäuferInnen brutto mehr als 3000 Franken im Monat verdienen



Auf die Frage *«Wieviel verdient Ihrer Meinung nach eine Verkäuferin brutto pro Monat»* antworteten 58 % der KundInnen mit mehr als 3000 Franken.

Realität ist: Nur jede 7. Verkäuferin verdient mehr als 3000 Franken im Monat – das sind nur gerade 15 %



Auf die Frage *«Wie hoch ist Ihr Nettolohn pro Monat?»* antworteten 21 % mit weniger als 2000 Franken, 29 % zwischen 2000 bis 2500 Franken und 35 % verdienen zwischen 2500 und 3000 Franken.

Wohin man / frau geht

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Freitag, 29. September, 21.00 Uhr
Reggea Night
Lion Dub International and dj's

Samstag, 28. Oktober, 21.00 Uhr
Blues Max
Frische Töne und Stories
aus dem Dschungel des Alltags

Freitag, 10. November, 21.00 Uhr
Raphaela
Experimental-Nois-Pop-Trip-Hop Live

Samstag, 18. November, 21.00 Uhr
Moonstruck
New Orleans Street Jazz
Blues Soul und Jam Seassion

Samstag, 2. Dezember, 21.00 Uhr
Quatre in Toulouse
Ska vom Feinsten

Freitag, 15. Dezember, 21.00 Uhr
Pfammatter Fischer Staudemann
Ein Trio der wilden Art

Freitag, 29. September, 20.00 Uhr
Büne Huber
Konzert im Pfarreizentrum Brig

Sonntag, 8. Oktober
Matinee
mit Texten von Anna M. Eder (Salzburg)
und Arien von Barbara U. Theler (Brig)

Freitag, 13. Oktober, 20.00 Uhr
Laurence Revey
Konzert vom inzwischen nicht mehr ganz so geheimen Geheimtipp!

Freitag, 27. Oktober, 20.00 Uhr
Einmal noch!
Theater – nach dem Erfolgsroman «Die Päpstin»

Samstag, 11. November, 20.00 Uhr
Thomas C. Breuer
Kabarett

Freitag, 17. November, 20.00 Uhr
Daniel Küffer Quartett
Jazz

Samstag, 25. November, 20.00 Uhr
Stiller Has
Konzert im Pfarreizentrum Brig

Mittwoch, 29. November, 20.00 Uhr
Der Gänseprinz
Kindertheater

Freitag, 1. Dezember, 20.00 Uhr
Ferruccio Cainero
Kabarett

FKO-HERBST

FilmKreis Oberwallis

7. Oktober 2000, 20.00 Uhr
Pas de café, pas de télé, pas de sexe
Ein Film von Romed Wyder. Dazu ein Gespräch mit dem Filmemacher und dem FilmKreisOberwallis.
Ort: Kollegium Brig
Eintritt: Fr. 15.–

31. Oktober 2000, 19.00 Uhr
Tatschekische/Kurdische FilmNacht
mit Nachtessen im Rest. Schlosskeller.

«Luna Papa»
Regie. Bachtijar Chudojnasarow

«Takhté Siah»
Regie: Samira Makhmalbaf

Ort: Kollegium Brig
Eintritt: Fr. 45.–

Vorverkauf + Reservation:
PlattuLadu Brig
Tel. 923 23 27

FilmKreis

Umwelt-Agenda

Sonntag, 1. Oktober, 14.00 Uhr, Bahnhof Biel
Naturgefahren im Goms
Besichtigung der Lawinenablenkdämme
mit Norbert Carlen

Sonntag, 8. Oktober, 8.00 Uhr, Bahnhof Brig
Hirschbrunft im Goms
ganztägige Exkursion *mit Urs Zimmermann*

Samstag, 21. Okt., 9.00 Uhr, Bahnhof Salgesch
Heckenpflege Salgesch
ganztägiger Pflegeeinsatz an Hecken südlich des Kapellenhügels
Mittagessen wird offeriert

Sonntag, 12. Nov., 9.00 Uhr, Bahnhof Gampel
Exkursion Gampel
ornithologische Exkursion

Samstag, 25. November, 13.15 Uhr
Hütehundedemonstration
Besichtigung des Bio-Betriebes
von Walter Hildbrand

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Oberwalliser Bio-Vereinigung

Mittwoch, 22. November, 20.00 Uhr
Mitgliederversammlung der Oberwalliser Bio-Vereinigung

Ausserordentlicher Kongress der SP Oberwallis

Dienstag, 10. Oktober, 20.00 Uhr, im Bahnhofbuffet in Brig
Ausserordentlicher Kongressder SP Oberwallis
mit einem Referat von SP-Nationalrätin Barbara Haering-Binder

zur Armeehalbierungsinitiative: «Sparen auch beim Militär!»

Alle Interessierten sind herzlich zu diesem Referat eingeladen!

SP Oberwallis

Ausbau der Hochspannungsleitung durchs Goms

14 Gommer Gemeinden leisten Widerstand

(ktm) **– Der Neu- und Ausbau der Hochspannungsleitung durch das Goms trifft auf breite Kritik der Gemeinden. Im Vordergrund stehen die Auswirkungen des Elektrosmogs auf die Gesundheit, der Schutz der Landschaft und die Bündelung der Leitungen.**

Der Ersatz der 220 kV-Leitung von Mörel nach Airolo durch eine 220 und 380-kV-Leitung stösst im Goms auf «grossen Widerhall», wie das zuständige Bundesamt für Energie (BFE) festhält. Laut BFE haben 14 Gemeinden und 20 Privatpersonen zum Ausbauprojekt der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) kritisch Stellung genommen. Eine Sammlung von 79 Unterschriften sprach sich grundsätzlich gegen das Ausbauprojekt aus.

Der Leitungsabschnitt zwischen Mörel und Airolo ist Teil des eidgenössischen Sachplanes Übertragungsleitungen, welcher bestehende und geplante Leitungen in einem gesamtschweizerischen Plan auflistet. Im letzten Frühling konnten sich Kantone, Gemeinden und alle interessierten Privatpersonen und Organisationen zum Sachplan äussern.

Die Forderungen der Region Goms:

1. Inventarisierung der Gebäude innerhalb eines Abstandes von 50 Metern zur Hochspannungsleitung, aus Gründen der negativen Auswirkungen des Elektrosmogs auf die Gesundheit.
2. Verweis auf den zu erwartenden grossen Konflikt beim Bau der Leitung in Grengiols, Ernen, Steinhaus, Ritzingen und Reckingen, wo Wohnhäuser tangiert oder überspannt werden. Der gesetzliche Grenzabstand ist einzuhalten.
3. Vermeidung der doppelten Überspannung des Rottens zwischen Biel und Glurin-gen durch die Verlegung der Leitung auf die südliche Talseite, und zwar so, dass der Campingplatz, der Rottenwander- und Radweg nicht mehr überspannt werden.
4. Entfernung der 65 kV-Leitung und Auflegung auf die Masten der Hochspannungsleitung.

Die Atel-Leitung durchs Goms ist eines von vier Ausbauvorhaben in der Schweiz, welche heiss umstritten sind. Die Stromwirtschaft wünscht für den internationalen Stromaustausch die Hochschaltung des Hochspannungsnetzes von 220 kV auf 380 kV. Der Schweizer Stromhandel ist darauf ausgerichtet, französischen Atomstrom mittels der einheimischen Wasserkraftwerke zu veredeln und nach Italien zu transportieren. Die Unsicherheiten der Strommarktöffnung und die Bestrebungen Italiens mit Erdgas vermehrt eigenen Strom zu produzieren, haben in letzter Zeit die Euphorie der Stromhändler in Olten und Laufenburg gedämpft. Als Folge davon wurde die Leitung durchs Goms vorübergehend auf Eis gelegt *(siehe RA, Nr. 159)*.

Umweltorganisationen haben vorgespurt

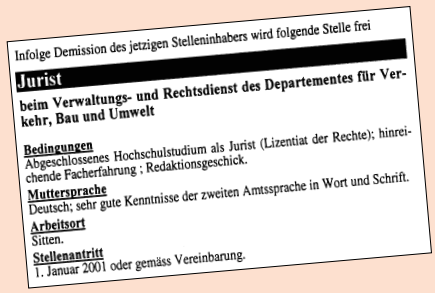
Mit der breiten Kritik der Gommer Gemeinden wird die bisherige Arbeit der Umweltorganisationen unter der Federführung der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) bekräftigt. Sie haben in zahlreichen Gesprächen auf Bundesebene die Optimierung des Leitungsbaus gefordert. Noch vor zwei Jahren nämlich war der Sachplan ein reiner Wunschzettel der Atomstromhändler. Inbezug auf die Gommer Leitung hatte das BFE den Wunschkatalog der Stromlobby übernommen und sah weder beim Elektrosmog noch beim Natur- und Landschaftsschutz einen Konflikt. Den Umweltorganisationen ist es gelungen diese Aspekte in den Sachplan hineinzubringen und gegen den Widerstand der Stromlobby brauchbare Grenzwerte gegen den Elektrosmog in einer Verordnung zu verankern.

BKW-Leitung Oberwald-Obergesteln:

Grosser Konflikt zu erwarten

Die 220 kV-Leitung der BKW von Innertkirchen nach Robiei führt zwischen Oberwald und Obergesteln quer über den Talboden und tangiert den Golfplatz und die Wohnsiedlung «Schlüsselacker». Laut Stellungnahme der Region Goms ans BFE ist bei einem Ausbau der Leitung «ein grosser Konflikt zu erwarten». Wie die RA früher berichtete, stehen einige Wohnhäuser in einem Abstand von nur 7 Metern zur Hochspannungsleitung, was gemäss neusten Vorschriften verboten ist. Die BKW-Leitung hängt im Bereich des Golfplatzes gefährlich tief herunter, so dass diesen Sommer zahlreiche Bäume entfernt beziehungsweise heruntergeschnitten werden mussten *(siehe Bild)*. Wie leicht hätte hier ein umstürzender Baum auf die Leitung fallen und einen Golfer oder eine Golferin unter Hochspannung setzen können.

Der heitere Schluss



Infolge Demission des jetzigen Stelleninhabers wird folgende Stelle frei

Jurist

beim Verwaltungs- und Rechtsdienst des Departementes für Verkehr, Bau und Umwelt

Bedingungen
Abgeschlossenes Hochschulstudium als Jurist (Lizentiat der Rechte); hinreichende Facherfahrung ; Redaktionsgeschick.

Muttersprache
Deutsch; sehr gute Kenntnisse der zweiten Amtssprache in Wort und Schrift.

Arbeitsort
Sitten.

Stellenantritt
1. Januar 2001 oder gemäss Vereinbarung.

Auch die «Rote Anneliese» ist dem Kanton auf der Suche nach einem fähigen Nachfolger von Josef Zimmermann, Chefjuristen des Baudepartementes und Mitglied der Baukommission, gerne behilflich. Die «Rote Anneliese» beglückwünscht Zimmermann zu seinem Rücktritt und wünscht ihm für seine Zukunft weiterhin viel Erfolg, zum Beispiel als juristischer Berater von Freund und Bauunternehmer Franz-Josef Volken, genannt Beton-Volken…

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • Nr. 164 / September 2000